



HESSEN



Bericht aus Brüssel

19/2021 vom 15.10.2021

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| Institutionelles..... | 3 |
| Corona..... | 3 |
| Außen- und Verteidigungspolitik..... | 4 |
| Europäisches Parlament..... | 6 |
| Ausschuss der Regionen..... | 9 |
| Wirtschaft..... | 10 |
| Verkehr..... | 13 |
| Energie..... | 15 |
| Digital..... | 17 |
| Forschung..... | 18 |
| Finanzdienstleistungen..... | 19 |
| Finanzen..... | 19 |
| Soziales..... | 22 |
| Gesundheit und Verbraucherschutz..... | 24 |
| Umwelt..... | 26 |
| Landwirtschaft..... | 28 |
| Justiz..... | 30 |
| Inneres..... | 32 |
| Bildung und Kultur..... | 35 |
| Information, Kommunikation und Medien..... | 36 |
| EU-Förderprogramme..... | 37 |
| Veranstaltungen..... | 37 |
| Vorschau..... | 41 |

Institutionelles

Europäischer Rat; informelles Treffen am 05.10.2021 in SLO

Die Mitglieder des Europäischen Rates (ER) kamen am Vorabend des Westbalkan-gipfels, am 05.10.2021, zu einem informellen Arbeitsessen in Brdo pri Kranju (SLO) zusammen. Sie führten eine strategische Diskussion über die Rolle der Union auf der internationalen Bühne im Lichte der jüngsten Entwicklungen in Afghanistan und das trilaterale Militärbündnis, das Mitte September 2021 zwischen Australien, dem GBR und den USA geschlossen wurde (AUKUS). Außerdem wurde die Entwicklung der Beziehungen der EU zu China behandelt. Die ursprünglich vorgesehenen Handelsthemen wurden auf den ER am 21./22.10.2021 verschoben. ER-Präsident Charles Michel hat die Ergebnisse in mündlichen Schlussfolgerungen zusammengefasst. Er betonte den multilateralen Ansatz, die Zusammenarbeit mit den USA und bekannte sich zur NATO als Eckpfeiler der europäischen Sicherheit. Angesichts der jüngsten Krisen sei man entschlossen, die eigenen Stärken zu konsolidieren und die Resilienz auszubauen, indem „kritische Abhängigkeiten“ reduziert werden. Die EU müsse ihre Kapazität, autonom zu handeln, vergrößern – sowohl als Wirtschaftsmacht, als auch im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Man werde die eigenen Interessen verteidigen. China wird als „systematischer Rivale“ bezeichnet. Die Abhängigkeiten der EU in den Bereichen Energie, Digitales, Cybersicherheit, Halbleiter, Industriepolitik und Handel sollen vermindert werden.

<https://www.consilium.europa.eu/en/meetings/international-summit/2021/10/06/>

Corona

ECDC; Zwischenstand zur Effizienz von COVID-19 Impfstoffen

Am 08.10.2021 hat das Europäische Zentrum für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) Zwischenergebnisse einer fortlaufenden Studie veröffentlicht, die das ECDC derzeit in zehn verschiedenen Mitgliedstaaten (MS) zur Effizienz der COVID-19 Impfstoffe durchführt. Die erhobenen Daten aus dem Zeitraum Dezember 2020 bis Juni 2021 zeigen, dass sich die von der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) zugelassenen Impfstoffe als effizient erwiesen haben.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/news-events/ecdc-builds-study-infrastructure-monitor-covid-19-vaccine-effectiveness>

EMA; Zulassungsprüfung für COVID-19 Medikament

Am 11.10.2021 teilte die Europäische Arzneimittelagentur mit, sie habe die Anfrage erhalten, das Produkt Ronapreve zur Behandlung und Prävention von COVID-19 zuzulassen. Ronapreve ist ein Medikament, dessen Wirkstoffe die monoklonalen Antikörper Casirivimab und Imdevimab sind. Es wird intravenös oder als Spritze verabreicht. Eine Antwort der EMA bezüglich der Zulassung des Medikamentes kann bereits innerhalb der nächsten zwei Monate erwartet werden.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-receives-application-marketing-authorisation-ronapreve-casirivimab-imdevimab-treatment>

EMA; Flexible Regulierung zentral für die Herstellung von COVID-19 Arzneimitteln

Am 12.10.2021 veröffentlichten die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) und die internationale Koalition der Arzneimittelaufsichtsbehörden (ICMRA) eine gemeinsame

Erklärung. Betont wird darin die Wichtigkeit einer flexible Handhabe in der Regulierung der Herstellung von Arzneimitteln gegen COVID-19.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/global-approach-regulatory-flexibility-increase-manufacturing-capacity-during-covid-19>

EMA; Abbruch des Zulassungsverfahrens des Impfstoffkandidaten von CureVac

Am 12.10.2021 teilte die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) mit, der Impfstoff-Hersteller CureVac AG habe um einen Abbruch des Zulassungsverfahrens für den Impfstoff CVnCOV gegen COVID-19 gebeten. Der Hersteller begründete dies damit, dass er sich auf die Herstellung eines neuen COVID-19 Impfstoffes konzentrieren möchte.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-ends-rolling-review-cvncov-covid-19-vaccine-following-withdrawal-curevac-ag>

Kommission; EU unterstützt ROM mit Sauerstoffgeneratoren

Am 08.10.2021 teilte die Kommission mit, dass im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens 50 polnische Sauerstoffgeneratoren nach ROM geschickt werden, wo derzeit die Anzahl akuter COVID-19 Erkrankungen sehr hoch ist. Außerdem kündigte die Kommission an, weitere 200 Sauerstoffgeneratoren aus den rescEU strategischen medizinischen Lagerbeständen nach ROM zu schicken.

https://ec.europa.eu/echo/news/eu-helps-deliver-oxygen-generators-romania-amid-surge-covid-19-cases_en

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Strategie zum Kampf gegen Antisemitismus

Am 06.10.2021 hat die Kommission die EU-Strategie zum Kampf gegen Antisemitismus vorgestellt. Mit dieser Strategie möchte die EU eine signifikante Steigerung der Bemühungen im Kampf gegen Antisemitismus erreichen und somit eine Perspektive für die Zukunft der Jüdinnen und Juden in Europa schaffen. Die Strategie folgt einer Reihe von Maßnahmen, um alle Formen von Antisemitismus zu unterbinden, jüdisches Leben zu sichern und zu fördern sowie die Erinnerungskultur und das Bildungsniveau über das Judentum zu steigern. Die Strategie baut deshalb auf drei Säulen auf, die sich erstens auf die Vorbeugung und Bekämpfung aller Formen von Antisemitismus, zweitens auf den Schutz und Förderung jüdischen Lebens in der EU und drittens auf Bildung, Forschung und Holocaust-Erinnerungskultur konzentrieren. Frühere Erhebungen hatten ergeben, dass zwar jeder zweite Europäer Antisemitismus als Problem ansieht, dies aber bei 85% der Jüdinnen und Juden der Fall ist.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/eu-strategy-on-combating-antisemitism-and-fostering-jewish-life_october2021_en.pdf

Europäischer Rat; EU-Westbalkan-Gipfel

Am 06.10.2021 sind die Führungsspitzen der EU und ihrer Mitgliedstaaten und die des Westbalkans zusammengekommen, um gemeinsam mit regionalen und internationalen Interessenträgern über die weitere Entwicklung der Region zu sprechen. Die EU bekräftigte, dass sie die europäische Perspektive für die Länder des Westbalkans weiterhin uneingeschränkt unterstützen werde. Die Partner des Westbalkans wiederum bekräftigten ihr Bekenntnis zu den europäischen Werten und Grundsätzen. Hinsichtlich der Corona-Pandemie betonte die EU erneut ihre Bereitschaft zur Bereitstellung von zusätzlichen Impfstoffen, Diagnostika und

Therapeutika und erinnerte an ihre gesundheitliche und sozioökonomische Unterstützung in Höhe von 3,3 Mrd. EUR für die Region. Zudem stellte die EU ein Investitionspaket zur Umsetzung der Grünen Agenda in der Region vor, das insgesamt 30 Mrd. EUR für die nächsten sieben Jahre umfasst. Auch in der politischen und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit bekräftigten beide Seiten erneut ihr Engagement.

<https://www.consilium.europa.eu/media/52294/brdo-declaration-6-october-2021-de.pdf>

EP; Entschließung zu Belarus

Am 08.10.2021 hat das EP einer Entschließung zur Lage in Belarus - ein Jahr nach dem Beginn der Proteste und ihrer gewaltsamen Niederschlagung - zugestimmt. Die MdEP nahmen den Text mit 506 Stimmen, 29 Gegenstimmen bei 139 Enthaltungen an. In der Entschließung drückten die MdEP u.a. ihre starke Solidarität mit jenen EU-Mitgliedstaaten aus, die von den hybriden Angriffen aus Belarus betroffen sind und riefen dazu auf, das Lukaschenko-Regime vor den internationalen Gerichtshof zu bringen. Die EU-Institutionen müssten dringend gegen die multidimensionale Krise an der Grenze zu Belarus vorgehen und die betroffenen Länder mit der notwendigen Unterstützung versorgen. Die MdEP drückten außerdem ihr Bedauern darüber aus, dass die bisher von der EU verhängten Sanktionen in ihrer Wirkung beschränkt blieben. Das EP ruft deshalb die Mitgliedstaaten dazu auf, die Sanktionen weiter zu verschärfen und auch auf jene Bereiche anzuwenden, die für die belarussische Wirtschaft von größter Bedeutung sind. Abschließend bekräftigten die MdEP ihre Unterstützung für faire und demokratische Wahlen in Belarus.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-9-2021-0494_DE.html

Europäischer Rat; EU-Ukraine-Gipfel

Am 12.10.2021 kamen die Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel und der Präsident der Ukraine, Wolodymyr Selenskyi, zum EU-Ukraine-Gipfel zusammen, um die Weichen für eine weitere Annäherung der Ukraine an die EU zu stellen und den aktuellen Sachstand der Zusammenarbeit und Reformbemühungen aufzunehmen. Die Kommissionspräsidentin, erklärte hierbei, dass die EU und die Ukraine die gleichen Werte teilen und die Rechtsstaatlichkeit weiterhin das Fundament der Zusammenarbeit bilde. Die EU hat dabei Russland erstmals als Konfliktpartei im Ostukraine-Konflikt benannt und gab bekannt, dass sie eigenes Personal in die Region entsandt habe, um sich vor Ort ein Bild von der Lage machen zu können. Die EU werde sowohl durch Soforthilfen als auch durch Investitionen in die Zukunft das Gesundheitswesen, die Infrastruktur und die Konnektivität in der Region unterstützen. Außerdem arbeite die EU derzeit an Szenarien, um die Energiesicherheit der Ukraine langfristig garantieren zu können. Respekt erntete der Präsident der Ukraine derweil für seine Reformbemühungen und seine Führungsstärke bei der Reformierung des Justizwesens des Landes.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_21_2361

Kommission; Stärkeres EU-Engagement für die Arktis

Am 13.10.2021 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung für eine nachhaltigere, friedliche und florierende Arktis angenommen und veröffentlicht. Hierin formulierte der Hohe Vertreter der EU, Josep Borrell, die zukünftige EU-Arktis-Strategie, die u.a. vorsieht, sich stärker für die Region einzusetzen, da sie durch den Klimawandel von großer Bedeutung für die EU sei. Hierzu werde die EU ein Büro der Kommission in Grönland eröffnen, das ein Profil für arktische Angelegenheiten in den Außenbeziehungen der EU erarbeiten wird. Borrell fügte an, dass die EU ihre

geopolitische Strategie weitläufiger definieren und Stabilität, Sicherheit und friedliche Kooperation in der Arktis fördern müsse. Kommissar Sinkevičius ergänzte, dass sich die Arktis dreimal so schnell erwärme wie der Rest des Planeten.
https://eeas.europa.eu/sites/default/files/2_en_act_part1_v7.pdf

Kommission; Paket zur Flexibilisierung des Nordirland-Protokolls vorgestellt.

Am 13.10.2021 hat die Kommission ein weiteres Paket zur Flexibilisierung der Bedingungen des Nordirland-Protokolls vorgestellt und damit weitere Erleichterungen in den Zollbestimmungen für bestimmte Lieferketten vorgeschlagen. Das Kommissionspaket setzt sich aus insgesamt vier Non-Papern zusammen, die maßgeschneiderte Lösungen für die Menschen in Nordirland beinhalten und deren Umgang mit den Folgen des Brexit erleichtern sollen. Die Papiere sehen eine Verringerung der Warenkontrollen zwischen GBR und Nordirland im Bereich der Gesundheit, der Pflanzen- und Tiergesundheit vor. Dadurch sollen 80% der amtlichen Kontrollen für Produkte wegfallen, die zum Verbrauch nach Nordirland verbracht werden. Zudem sind flexiblere Zollformalitäten vorgesehen, die vor allem den Umfang der Unterlagen, die derzeit für die Beförderung benötigt werden, halbieren sollen. Dies gehe mit umfassenden Sicherheitsmechanismen zum Schutz des Binnenmarktes einher. Die EU schlägt zudem vor, dass nordirische Interessenträger, Behörden und Verbände mit in den Informationsaustausch eingebunden werden. Zuletzt soll auch die Sicherheit der Arzneimittellieferungen für Nordirland gewährleistet werden, indem Pharmaunternehmen in GBR, wenn sie den nordirischen Markt bedienen, weiterhin ihre Regulierungsfunktion von dort ausüben können, wo sie derzeit niedergelassen sind.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5215

E u r o p ä i s c h e s P a r l a m e n t

Plenarsitzung des Europäischen Parlaments vom 04.-07.10.2021 in Straßburg

EU-US: Zukunft der transatlantischen Partnerschaft

In einer Entschließung zu der Zukunft der Beziehungen zwischen der EU und den USA begrüßen die MdEP am 05.10.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Tonino Picula (S&D/KRO) das erneute Bekenntnis der USA zu einem regelbasierten Multilateralismus, da dies eine wichtige Gelegenheit biete, wieder mit den USA zusammenzuarbeiten. Der Bericht betont, dass die EU bei der transatlantischen Zusammenarbeit und deren Vertiefung eine partnerschaftliche Vorreiterrolle zusammen mit den USA anstreben und gleichzeitig ihre strategische Autonomie in den verteidigungs- und wirtschaftspolitischen Beziehungen steigern sollte, um damit eigene legitime diplomatische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Interessen zu verfolgen. Die MdEP betonen, dass in Bezug auf China Bereiche, in denen Übereinstimmung herrscht und eine Zusammenarbeit und eine bessere Abstimmung und Konsultation zwischen den USA und der EU möglich ist, sondiert werden müssen, um transatlantische Spannungen zu vermeiden. Sie verweisen hierbei auf die Probleme im Anschluss an die Annahme – ohne Konsultation der Verbündeten der EU – des trilateralen Sicherheitsabkommens AUKUS zwischen den USA, GBR und Australien. Die MdEP sind der Ansicht, dass die EU ihre Zusammenarbeit mit den USA intensivieren und die strategische Partnerschaft in Bezug auf Länder der Östlichen Partnerschaft und des Westbalkanraums erneuern sollte. Sie fordern eine Koordinierung in diesem Bereich und in anderen außenpolitischen Fragen und schlagen die Schaffung eines Transatlantischen Politischen Rates vor, der unter der Führung des EU-Außenbeauftragten und des US-Außenministers stünde und durch

den regelmäßigen Kontakt zwischen den politischen Direktoren unterstützt würde. Die Entschließung wurde mit einer Mehrheit von 550 – 83 – 55 angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0410_DE.html

Energiekosten: Debatte über Auswirkungen der Verteuerung

Angesichts der steigenden Energiepreise und der Besorgnis über die Folgen für Verbraucher und Unternehmen fand am 06.10.2021 eine Debatte mit Rat und Kommission über Maßnahmen zur Bewältigung der Krise angesichts der steigenden Gaspreise und der Sorgen über die Konsequenzen für Verbraucher und Unternehmen. Energiekommissarin Kadri Simson erklärte, die EU müsse schnell und koordiniert reagieren, und verwies auf die Maßnahmen, die den Mitgliedstaaten bereits zur Verfügung stehen, um einkommensschwachen oder schutzbedürftigen Haushalten und KMU zu helfen. Die Kommission wird außerdem noch vor Ende des Jahres eine Reform des Gasmarktes vorschlagen, um ihn widerstandsfähiger gegen Preiserhöhungen zu machen. Während der Debatte im Plenum forderten die MdEP eine Untersuchung der Marktmanipulation durch staatliche und nichtstaatliche Akteure sowie der Spekulationen auf dem EU-Kohlenstoffmarkt, um die Auswirkungen dieser beiden Faktoren auf die Preise zu messen. Viele betonten die Notwendigkeit von Sofortmaßnahmen, um die Schwächsten vor steigenden Preisen zu schützen. Mehrere MdEP forderten den Ausbau der Gasspeicherkapazitäten und die Einrichtung gemeinsamer Gas-Ankaufsprogramme nach dem Vorbild des Impfstoff-Ankaufs sowie die Nutzung des Green Deal als Chance zur Verbesserung der Energiesicherheit und -unabhängigkeit. Andere MdEP erklärten, die Krise sei das Ergebnis eines marktorientierten Ansatzes im Energiebereich und des Handelns von Marktspekulanten, und forderten eine Begrenzung der Energiepreise.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-10-06-ITM-004_DE.html

Künftige Strategie für die Cyberabwehr in der EU

Eine gemeinsame Cyber-Verteidigungspolitik und eine weitreichende EU-Zusammenarbeit beim Aufbau besserer Cyber-Fähigkeiten sind zentrale Elemente bei der Entwicklung einer vertieften und verbesserten Europäischen Verteidigungsunion, erklären die MdEP in einer Entschließung, die am 07.10.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Urmas Paet (RN/EST) mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 591 - 65 - 26 angenommen wurde. Die MdEP betonen, dass es unerlässlich ist, die derzeitige Fragmentierung und Komplexität der gesamten Cyber-Architektur der EU zu überwinden und eine gemeinsame Vision für die Erreichung von Sicherheit und Stabilität im Cyberraum zu entwickeln. Das EP empfiehlt die Einrichtung einer Gemeinsamen Cyber-Einheit, um den mangelnden Informationsaustausch zwischen den Organen, Einrichtungen und Agenturen der EU zu verbessern und ein sicheres und schnelles Informationsnetzwerk zu fördern. Die MdEP begrüßen den Aktionsplan der Kommission für Synergien zwischen der zivilen, der Verteidigungs- und Weltraumindustrie und verweisen auf den häufig doppelten Verwendungszweck von Cyberabwehrfähigkeiten. Im Gegensatz zu anderen militärischen Bereichen befindet sich die Cyberspace-Infrastruktur hauptsächlich im Besitz privater Unternehmen, die größtenteils außerhalb der Zuständigkeit der EU angesiedelt sind. Dies führt dazu, dass die EU-Mitgliedstaaten in industrieller und technologischer Hinsicht von Dritten abhängig werden. Die MdEP warnen daher, dass die EU technologisch unabhängiger werden muss, indem sie innovativ ist und mehr in Cyberabwehrfähigkeiten und Personal investiert.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0412_DE.html

Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) bei der Polizei: Strenge Leitlinien nötig

In einer Entschließung, die am 06.10.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Petar Vitanov (S&D/BUL) mit einer Mehrheit von 510 - 31 -141 angenommen wurde, weisen die MdEP auf das Risiko algorithmischer Voreingenommenheit bei KI-Anwendungen hin und betonen die Notwendigkeit menschlicher Aufsicht und starker rechtlicher Kontrollen, um Diskriminierung durch KI zu verhindern, insbesondere bei Strafverfolgung oder Grenzübertreten. Die MdEP betonen, dass die endgültigen Entscheidungen immer von Menschen getroffen werden sollten. Personen, die von KI-gestützten Systemen überwacht werden, müssten die Möglichkeit haben, Rechtsmittel einzulegen. Um die Privatsphäre und die Menschenwürde zu wahren, fordern die MdEP das dauerhafte Verbot der Verwendung einer automatisierten Erkennung von Personen in öffentlich zugänglichen Räumen, da Bürger nur dann überwacht werden sollten, wenn sie einer Straftat verdächtigt werden. Das EP fordert ein Verbot der Nutzung privater Gesichtserkennungsdatenbanken (wie das bereits im Einsatz befindliche KI-System Clearview) und der vorausschauenden Polizeiarbeit auf der Grundlage von Verhaltensdaten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0405_DE.html

Sachstand ungarische und polnische Aufbaupläne

Am 06.10.2021 diskutierten die MdEP mit Kommissar Gentiloni über die Lage hinsichtlich der Aufbau- und Resilienzpläne von POL und HUN. Gentiloni teilte den MdEP mit, dass derzeit 22 der 25 eingereichten nationalen Konjunkturprogramme genehmigt worden seien. Die BUL- und NDL-Pläne sind noch nicht eingereicht worden. Die HUN-, POL- und SWE-Pläne warten auf die Genehmigung durch die Kommission. Er betonte, dass er sich nicht zu Vorabbewertungen und individuellen Plänen äußern werde, solange die Kommission ihre Bewertung der verbleibenden drei Pläne abschließt. In der Debatte forderten die meisten MdEP mehr Transparenz im Genehmigungsverfahren, damit sie nachvollziehen können, welche Schritte die HUN- und die POL-Regierung unternommen haben, um Bedenken hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit und Angriffen auf die Justiz, des Vorrangs des EU-Rechts, des öffentlichen Auftragswesens, der Korruption und der ungleichen Behandlung von Minderheiten auszuräumen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/CRE-9-2021-10-06-ITM-011_DE.html

Bekämpfung schädlicher Steuerpraktiken

Das EP hat am 07.10.2021 im Rahmen des Berichts von MdEP Aurore Lalucq (S&D/FRA) mit einer Mehrheit von 506 – 81 – 99 seine Prioritäten für die Reform der EU-Politik gegen schädliche Steuerpraktiken sowie einen Entwurf für ein neues System zur Bewertung der nationalen Steuerpolitik angenommen. Die MdEP sind der Ansicht, dass die EU ihren Kampf gegen Steuerpraktiken, die den Mitgliedstaaten beträchtliche Einnahmen vorenthalten, zu unlauterem Wettbewerb führen und das Vertrauen der Bürger untergraben, überdenken und verstärken muss, da der harte Steuerwettbewerb zwischen den Ländern sowohl innerhalb der EU als auch auf internationaler Ebene immer neue Formen annimmt. In einer Entschließung erklärt das EP, dass der Steuerwettbewerb zwischen den Ländern an sich nicht problematisch ist, dass aber gemeinsame Grundsätze dafür gelten sollten, wie die Länder ihre Steuersysteme und -politiken einsetzen. Die MdEP weisen darauf hin, dass Politik und Gesetzgebung in den letzten 20 Jahren nicht mit den innovativen Steuervermeidungssystemen Schritt gehalten haben.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0416_DE.html

Einsetzung einer Delegation in der Parlamentarischen Versammlung EU-GBR

Am 05.10.2021 stimmte eine große Mehrheit der MdEP für die Einsetzung der neuen ständigen Delegation des EP in der Parlamentarischen Versammlung EU-GBR. Die Listen der Mitglieder werden in einer der nächsten Plenarsitzungen bekannt gegeben. Die Parlamentarische Versammlung EU-GBR wird aus je 35 Mitgliedern des EP und des britischen Parlaments bestehen (insgesamt 70). Sie wurde nach dem Inkrafttreten des neuen Handels- und Kooperationsabkommens zwischen der Europäischen Kommission und der britischen Regierung im Dezember letzten Jahres eingerichtet. Die Versammlung EU-GBR wird über die Beschlüsse des Partnerschaftsrats EU-UK informiert und gibt Empfehlungen an diesen ab. Den Vorsitz im Partnerschaftsrat führen gemeinsam der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Maroš Šefčovič, und der britische Staatsminister für EU-Beziehungen, David Frost. Der Vorsitz und das Präsidium der Delegation werden auf ihrer konstituierenden Sitzung gewählt. Die neue Delegation wird eng mit der Kontaktgruppe des EP für GBR zusammenarbeiten, in der ebenfalls Vertreter aller Fraktionen vertreten sind, um die Beziehungen zwischen der EU und GBR zu prüfen und die Position des EP in dieser Angelegenheit zu koordinieren. Der Vorschlag wurde mit einer fraktionsübergreifenden Mehrheit von 686 - 2 - 4 angenommen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2021-0398_DE.html

A u s s c h u s s d e r R e g i o n e n

AdR; 146. AdR-Plenarsitzung

Am 12. – 14.10.2021 fand als Hybridsitzung das 146. AdR-Plenum statt. Es wurden folgende Stellungnahmen und Entschlüsse verabschiedet: „Jahresbarometer zur Lage der Regionen und Gemeinden“, „Ad-hoc-Kommission für die Überarbeitung der Geschäftsordnung 2021“, „EU-Strategie für die Rechte des Kindes und Europäische Kindergarantie“, „Europäische digitale Identität“, „wirksame Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Ausarbeitung der Partnerschaftsvereinbarungen und operationellen Programme für den Zeitraum 2021–2027“, „eine EU-Agenda für Terrorismusbekämpfung: antizipieren, verhindern, schützen und reagieren“, „Schutz geografischer Angaben für gewerbliche und handwerkliche Erzeugnisse in der EU“, „neue Verbraucheragenda – Stärkung der Resilienz der Verbraucher/innen für eine nachhaltige Erholung“, „Entschließung zur COP 26“ sowie „eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020–2025“. Darüber hinaus fanden mit folgenden Persönlichkeiten Aussprachen statt: Maroš Šefčovič, Vizepräsident der Kommission, Janez Janša, Ministerpräsident Sloweniens, Virginijus Sinkevičius, Kommissar für Umwelt, Meere und Fischerei, Janez Lenarčič, Kommissar für Krisenmanagement, Mami Mizutori, Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Katastrophenvorsorge und Leiterin des UNDRR, Adina Vălean, Kommissarin für Verkehr sowie Dubravka Šuica, Vizepräsidentin der Kommission – Demokratie und Demografie.

<https://mempportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2174001&meetingSessionId=2216853>

AdR; Verabschiedung der Stellungnahme von Staatssekretär Mark Weinmeister „Europäische digitale Identität“

Am 12.10.2021 wurde durch das Plenum des AdR die Stellungnahme von Staatssekretär Weinmeister mit dem Titel „Europäische Digitale Identität“ zu dem entsprechenden Verordnungsvorschlag der Kommission verabschiedet. Diese Identität in Form einer digitalen Briefftasche soll es Bürgerinnen und Bürgern

ermöglichen, sich in der gesamten EU auszuweisen und Online-Zugang zu kommerziellen und öffentlichen Dienstleistungen zu bekommen. Die Stellungnahme unterstreicht, dass die digitale EU-Brieftasche identitätsstiftend in der EU-Bevölkerung und auch gegenüber dem Rest der Welt ist. Daher sollte eine möglichst breite Nutzung dieser digitalen EU-Brieftasche erreicht werden. Außerdem solle eine einheitliche Symbolik und eine routinierte Nutzbarkeit bei Angeboten aus Wirtschaft und Verwaltung die Akzeptanz beim Nutzer fördern. Pseudonyme sollten insbesondere in sozialen Netzwerken als Komponente des Datenschutzes auch weiterhin genutzt werden können. Zudem sei der Einsatz der EU-Brieftasche freiwillig und obliege nur dem Nutzer. Die Sicherheit der EU-Brieftasche ist ein zentrales Kriterium für deren Erfolg, denn sie werde mit hoher Wahrscheinlichkeit ein primäres Ziel für Cyberattacken sein. Daher muss eine strenge und fortlaufende Prüfung der Angebote aus der Toolbox, die die Kommission den Mitgliedstaaten als Orientierung bei der Umsetzung zur Verfügung stellt, sichergestellt werden und bei Nutzungsszenarien erfolgen. Bei der Einführung der Brieftasche sollte für die ausreichende Einbeziehung der Mitgliedstaaten und auch der lokalen und regionalen Ebene gerade bei Einbindung der Wirtschaft mit längstens 24 Monaten, ausreichend Zeit vorhanden sein. Der Vorschlag der Kommission sieht bei den Umsetzungsfristen nur eine kurze Frist von maximal 12 Monaten vor.

<https://cor.europa.eu/de/news/Pages/european-digital-identity-wallet.aspx>

Wirtschaft

Kommission; Konsultation zum digitalen und grünen Übergang für die energieintensive Industrie

Die Kommission hat am 28.09.2021 eine bis zum 22.11.2021 laufende Konsultation gestartet. Die Kommission möchte von allen relevanten Partnern aus Industrie, Forschung, Verwaltung und Verbänden wissen, wie die energieintensiven Industrien den ökologischen und digitalen Übergang bewältigen und gleichzeitig ihre Widerstandsfähigkeit erhöhen können. Des Weiteren soll eine Bewertung von Umfang, Kosten, Nutzen und Bedingungen der erforderlichen Maßnahmen erfolgen, die den Übergang begleiten. Dazu hat die Kommission ein Arbeitsdokument mit einer Reihe von Szenarien und Rahmenbedingungen veröffentlicht.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210928-energieintensive-industrien-eu-startet-konsultation_de

Kommission; Konsultation über den Vorschlag zur Zukunft des Befristeten Beihilferahmens

Am 30.09.2021 hat die Kommission den Mitgliedstaaten den Entwurf eines Vorschlags zur Verlängerung des Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen zur Konsultation vorgelegt. Dieser skizziert den Weg für den schrittweisen Ausstieg aus der Krisenhilfe angesichts der anhaltenden Erholung der Wirtschaft in der EU. Die Kommission schlägt eine begrenzte Verlängerung des Befristeten Rahmens bis zum 30.06.2022 sowie eine Reihe gezielter Anpassungen vor. Durch die Anpassung des Anwendungsbereichs des Befristeten Rahmens soll die Erholung der Wirtschaft beschleunigt werden. Im Detail soll dies durch die Ermöglichung von zukunftsorientierten Investitions- und Solvenzstützungsmaßnahmen für einen begrenzten Zeitraum erreicht werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4948

Kommission; Erste Stellungnahme zur Anwendung des Problemlösungsverfahrens nach der Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Waren

Die Kommission hat am 30.09.2021 ihre erste Stellungnahme zur Anwendung des Problemlösungsverfahrens abgegeben. Bei dem Problemlösungsverfahren handelt es sich um ein neuartiges Verfahren auf Grundlage der Verordnung über die gegenseitige Anerkennung von Waren. Es dient dazu, den Verkauf von Produkten innerhalb der EU zu erleichtern, die keiner EU-weiten Harmonisierung unterliegen und in einem Mitgliedstaat (MS) rechtmäßig in den Verkehr gebracht werden. In ihrer Stellungnahme bezieht sich die Kommission auf ein griechisches Unternehmen, das Schwierigkeiten hatte, seine Nahrungsergänzungsmittel auf dem bulgarischen Markt zu verkaufen. Die Kommission stellt klar, dass die nationalen Behörden die Unternehmen um Auskunft darüber ersuchen sollten, ob die Waren in einem anderen MS verkauft werden, bevor diesen Waren der Marktzugang im Hoheitsgebiet dieser nationalen Behörden verweigert wird. Damit bekräftigt die Kommission die unmittelbare Anwendbarkeit der Verordnung.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_21_4962

Kommission; Eröffnung eines neuen gemeinsamen Büros mit der ESA und der EUSPA

Die Kommission hat am 01.10.2021 zusammen mit der Europäischen Weltraumorganisation (ESA) und der Agentur der Europäischen Union für das Weltraumprogramm (EUSPA) ein gemeinsames Büro eröffnet. Aufgabe des gemeinsamen Büros in der Kommission ist die Unterstützung bei der Verwaltung und Entwicklung des europäischen globalen Satellitennavigationssystems Galileo sowie die Stärkung der Zusammenarbeit mit der ESA und der EUSPA. Galileo liefert präzise Ortungs- und Zeitgebungsinformationen für u.a. autonome und vernetzte Fahrzeuge, den Schienenverkehr und die Luftfahrt sowie andere Sektoren.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/mex_21_4985

Kommission; Genehmigung des Erwerbs der Schaltbau Holding AG durch die Carlyle Group

Die Kommission hat am 05.10.2021 die Übernahme der deutschen Schaltbau Holding AG (Schaltbau), durch die Carlyle Group Inc. (Carlyle) aus den USA genehmigt. Schaltbau, dessen Unternehmensmarke Bode in Kassel angesiedelt ist, ist ein Anbieter von Systemen und Komponenten im Verkehrssektor mit den Schwerpunkten Schieneninfrastruktur, Schienen- und Kraftfahrzeuge, E-Mobilität sowie erneuerbaren Energien und weiteren Industrieanwendungen. Carlyle ist in der alternativen Vermögensverwaltung von Private Equity, Krediten und anderen Anlagen tätig.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10457

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung

Die Kommission hat am 06.10.2021 eine bis zum 08.12.2021 laufende Konsultation zu den geplanten Änderungen der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) gestartet. Die AGVO ermöglicht es den Mitgliedstaaten, bestimmte Gruppen von staatlichen Beihilfen unmittelbar durchzuführen. Sie müssen nicht vor ihrer Durchführung bei der Kommission angemeldet und genehmigt werden. Ziel der Überarbeitung ist die Anpassung an die Änderungen mehrerer Beihilfeleitlinien. Zudem soll durch die Überarbeitung der AGVO die öffentliche Unterstützung des ökologischen und des digitalen Wandels in der EU weiter erleichtert werden.

https://ec.europa.eu/competition-policy/public-consultations/2021-gber_en

Kommission; Statistik über die Immobilienpreise in der EU

Das Eurostat hat am 07.10.2021 eine Statistik über Hauspreise und Mieten in der EU im Jahres- und Zehnjahresvergleich veröffentlicht. Die Statistik zeigt u.a., dass die Mieten und Hauspreise ihren stetigen Anstieg im zweiten Quartal 2021 fortgesetzt haben und im Vergleich zum zweiten Quartal 2020 um 1,3% bzw. 7,3% gestiegen sind. Im Zeitraum von 2010 bis zum zweiten Quartal 2021 stiegen die Mieten um 15,7% und die Hauspreise um 34,4%. Während die Mieten seit 2010 bis zum 2. Quartal 2021 stetig anstiegen, schwankten die Hauspreise hingegen erheblich. Seit Anfang 2015 sind die Hauspreise nun wesentlich schneller gestiegen als die Mieten. DEU gehört zu der Mehrheit der Mitgliedstaaten, in denen sowohl die Hauspreise als auch die Mieten beim Vergleich des zweiten Quartal 2021 mit 2010 anstiegen.

https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Housing_price_statistics_-_house_price_index#Annual_and_quarterly_growth_rates

Kommission; Genehmigung deutscher Beihilfe für Messeveranstalter

Die Kommission hat am 11.10.2021 eine mit 150 Mio. EUR ausgestattete deutsche Beihilferegulierung nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt, mit der Veranstalter von Messen und Ausstellungen in der Corona-Krise unterstützt werden sollen. Ziel der Regelung ist es, Messe- und Ausstellungsveranstalter für die Vorbereitungskosten von Veranstaltungen zu entschädigen, die zwischen dem 01.10.2021 und dem 30.09.2022 stattfinden sollen, falls sie Corona-bedingt abgesagt werden müssen. Der Sonderfonds soll allen in DEU tätigen Veranstaltern jeder Größenordnung offenstehen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20211011-eu-kommission-genehmigt-deutsche-beihilfe-fuer-messeveranstalter_de

Kommission; Bilanz über die EU-Kohäsionspolitik REACT-EU

Die Kommission hat am 11.10.2021 ihre Bilanz zu der Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas (REACT-EU) gezogen. Die Hilfe sei entscheidend für die Erholung von der Corona-Pandemie gewesen und gehöre laut Kohäsionskommissarin Elisa Ferreira zu einer der wichtigsten Maßnahmen für den Aufschwung in der EU. In nur vier Monaten wurden 34,1 Mrd. EUR genehmigt und 3,5 Mrd. EUR ausgezahlt. Damit wurden 86% der für dieses Jahr verfügbaren Mittel aus REACT-EU abgerufen. Als Teil von NextGenerationEU soll REACT-EU zur Krisenbewältigung und zur Linderung der Krisenfolgen dienen und gleichzeitig einen Betrag zum Aufbau einer grüneren, digitaleren und krisenfesteren EU leisten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5130

Kommission; Übernahme der Veritas AG durch HDT Automotive Solutions genehmigt

Die Kommission hat am 12.10.2021 die Übernahme der deutschen Veritas AG mit Sitz in Gelnhausen und ihrer Tochterunternehmen (Veritas Group) durch die HDT Automotive Solutions LLC aus den USA genehmigt. Die Veritas Group ist in der Automobilzuliefererbranche im Bereich Fluid-, Thermo- und Dichtungsmanagement von Fahrzeugen tätig. HDT Automotive Solutions LLC befasst sich mit der Herstellung und dem Verkauf von Ventilgehäusen, Präzisionsrohren als Baugruppen sowie Druckgussprodukten für die Automobilindustrie und beliefert Erstausrüster und deren direkte Zulieferer.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10379

Kommission; Gründung eines Joint Venture durch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren, Messer Industriegase, RWE Generation und Siemens genehmigt

Die Kommission hat am 13.10.2021 die Gründung eines Joint Venture durch die Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren, Messer Industriegase, RWE Generation und Siemens genehmigt. Das Joint Venture wird in der Planung, Entwicklung, dem Bau und dem Betrieb von einer Anlage und Tankstellen für die Erzeugung und den Vertrieb von Wasserstoff in Jülich tätig sein.

https://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/case_details.cfm?proc_code=2_M_10444

V e r k e h r

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung des EU-Pakets zur technischen Überwachung der Fahrzeugsicherheit

Die Kommission hat am 04.10.2021 eine bis zum 01.11.2021 laufende Konsultation zu dem Fahrplan für die Überarbeitung des EU-Pakets zur technischen Überwachung der Fahrzeugsicherheit gestartet. Ziel der Überarbeitung ist die Anpassung an die komplexer werdenden technologischen bzw. regulatorischen Entwicklungen und ein besserer Austausch zu einschlägigen Daten über die technische Überwachung.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13132-Fahrzeugsicherheit-Überarbeitung-des-EU-Pakets-zur-technischen-Überwachung_de

Kommission; Konsultation zu Digitalen Diensten zur Integration verschiedener Verkehrsträger

Die Kommission hat am 05.10.2021 eine bis zum 02.11.2021 laufende Konsultation zu ihrem Fahrplan für einen Verordnungsvorschlag über Digitale Dienste zur Integration verschiedener Verkehrsträger gestartet. Für Reisende in der EU stellt sich die Kombination verschiedener Verkehrsträger bei der Planung von Reisen und dem Ticketkauf bisher i.d.R. als umständlich und herausfordernd dar. Für den Vergleich verschiedener Optionen werden vielfach digitale Dienste wie Routenplaner und Ticketanbieter verwendet. Die Initiative soll dazu beitragen, den öffentlichen Verkehr, einschließlich des Schienenverkehrs, im Sinne der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität besser zu integrieren.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13133-Digitale-Dienste-zur-Integration-verschiedener-Verkehrstrager_de

EuGH; Urteil zur Finanzierung der Verkehrsverbindung über den Fehmarnbelt

Mit Urteil vom 06.10.2021 hat der EuGH die verbundenen Rechtsmittelsachen C-174/19 P von Scandlines Danmark ApS und Scandlines Deutschland GmbH sowie C-175/19 P von Stena Line Scandinavia AB gegen die Kommission zurückgewiesen. Scandlines Danmark und Scandlines Deutschland sowie die schwedische Stena Line Scandinavia hatten Rechtsmittel gegen ein Urteil des Gerichts der EU (EuG) zur öffentlichen Finanzierung der Straßen- und Eisenbahnverbindung über den Fehmarnbelt zwischen DNK und DEU eingelegt. Der EuGH bestätigte das Urteil des EuG. Geklagt hatten die Reederei Scandlines mit ihrer deutschen und ihrer dänischen Firma sowie Stena Line. Scandlines betreibt die Fährlinie zwischen Puttgarden und Rödby. Exakt auf dieser Route soll der Fehmarnbelttunnel gebaut werden. Die Kläger kritisierten die Hilfen als Wettbewerbsverzerrung.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=247047&pageIndex=0&doclang=EN&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=5648099>

Kommission; Konsultation über die Aktualisierung der Liste mit Verstößen in Bezug auf die Zuverlässigkeit eines Kraftverkehrsunternehmers

Am 07.10.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer Durchführungsverordnung gestartet, die das Ziel hat, die EU-Vorschriften über die Einstufung schwerwiegender Verstöße, die zur Aberkennung der Zuverlässigkeit eines Kraftverkehrsunternehmers führen können, mit den durch das Mobilitätspaket I eingeführten neuen Verstößen zu aktualisieren. Eine Rückmeldung ist bis zum 04.11.2021 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13171-Verkehr-Versto%C3%9Fe-die-zur-Aberkennung-der-Zuverlassigkeit-eines-Kraftverkehrsunternehmers-fuehren-konnen-aktualisierte-Liste-de>

Kommission; Konsultation über eine Drohnen-Strategie 2.0 für Europa

Die Kommission hat am 08.10.2021 eine bis zum 31.12.2021 laufende Konsultation über eine Drohnen-Strategie 2.0 für Europa zur Förderung einer nachhaltigen und intelligenten Mobilität gestartet. Die Konsultation soll Informationen und Rückmeldungen der wichtigsten Interessenträger und der breiten Öffentlichkeit einholen, wie die EU-Drohnenpolitik zu neuen Formen nachhaltiger Luftverkehrsdienste und -transporte beitragen kann. Ziel ist der Aufbau eines sicheren und effizienten Drohnen-Ökosystems in der EU.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13046-Eine-Drohnen-Strategie-20-fur-Europa-zur-Forderung-einer-nachhaltigen-und-intelligenten-Mobilitat-de>

Kommission; Konsultation über technische Anforderungen und Prüfverfahren für die EU-Typgenehmigung von Unfalldatenspeichern

Die Kommission hat am 12.10.2021 eine bis zum 09.11.2021 laufende Konsultation zum Entwurf einer delegierten Verordnung über technische Anforderungen und Prüfverfahren für die EU-Typgenehmigung von Unfalldatenspeichern gestartet. Ziel der Initiative ist es, die Anforderungen für die Typgenehmigung von Fahrzeugen bei Unfalldatenspeichern (UDS) festzulegen. Entsprechend der überarbeiteten Verordnung über die allgemeine Sicherheit von Fahrzeugen sollen UDS ab Mitte 2022 für neue Typen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen verbindlich vorgeschrieben werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12989-Fahrzeugsicherheit-technische-Anforderungen-und-Prufverfahren-fur-die-EU-Typgenehmigung-von-Unfalldatenspeichern-UDS-de>

Kommission; Konsultation zu Informationsdiensten im Straßenverkehr

Am 12.10.2021 hat die Kommission eine bis zum 09.11.2021 laufende Konsultation zur Überarbeitung der Vorgaben für Informationsdienste im Straßenverkehr eröffnet. Bei der Nutzung von intelligenten Verkehrssystemen bei der Personen- und Güterbeförderung im Straßenverkehr spielt die Bereitstellung genauer Echtzeit-Straßenverkehrsinformationen eine entscheidende Rolle. Ziel der Initiative ist zum einen die Einbeziehung örtlicher Straßennetze in den geografischen Anwendungsbereich dieser Dienste und zum anderen die Förderung der Nutzung neuer Datenarten.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12337-Informationendienste-fur-den-Stra%C3%9Fenverkehr-uberarbeitete-Vorgaben-de>

Kommission; Unterzeichnung eines Luftfahrtabkommens mit der Ukraine

Die EU und die Ukraine haben am 12.10.2021 im Rahmen des gemeinsamen Gipfeltreffens in Kiew ein Luftverkehrsabkommen unterzeichnet. Das Abkommen soll

den Weg für einen gemeinsamen Luftverkehrsraum zwischen der EU und der Ukraine ebnen, der auf gemeinsamen hohen Standards in Bereichen wie Flugsicherheit, Luftsicherheit und Flugverkehrsmanagement aufbaut. Durch das Abkommen sollen der Luftverkehrsmarkt Zugang gefördert und neue Möglichkeiten für Reisende und Luftfahrtunternehmen beider Unterzeichner geschaffen werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20211012-eu-bekraeftigt-unterstuetzung-der-ukraine_de

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen im Eisenbahnverkehr

Die Kommission hat am 01.10.2021 eine bis zum 29.10.2021 laufende Konsultation zu ihrem Fahrplan für die Überarbeitung der Leitlinien für staatliche Beihilfen im Eisenbahnsektor gestartet. Ziel der Initiative ist die Aktualisierung der Vorschriften, um eine vollständige Abstimmung mit den wichtigsten Prioritäten der EU und eine leichtere Handhabung zu erreichen. Zudem soll die bessere Anpassung der Vorschriften an die Bedürfnisse des Sektors das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Gleichzeitig soll die Überarbeitung auch der Kodifizierung der bestehenden Beschlussfassungspraxis dienen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13154-Eisenbahnverkehr-Überarbeitung-der-Leitlinien-fur-staatliche-Beihilfen_de

Kommission; Konsultation über vereinfachte Vorschriften für staatliche Beihilfen für einen umweltfreundlicheren Landverkehr

Die Kommission hat am 01.10.2021 eine bis zum 29.10.2021 laufende Konsultation zu ihrem Fahrplan für vereinfachte Vorschriften für staatliche Beihilfen im Landverkehrssektor gestartet. Auf Grundlage dieser Konsultation will die Kommission eine neue Gruppenfreistellungsverordnung für den Landverkehr erlassen und dabei gleichzeitig umweltfreundlichere Verkehrsträger fördern und unterstützen.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13153-Umweltfreundlicherer-Landverkehr-vereinfachte-Vorschriften-fur-staatliche-Beihilfen-neue-Ermachtigungsverordnung-fur-Landverkehr-_de

Energie

Kommission; Fünfte EU-Norwegen Energiekonferenz

Am 01.10.2021 fand in Brüssel die fünfte EU-Norwegen-Energiekonferenz statt. Die Konferenz umfasste Themen rund um die Energiewende, den europäischen Green Deal und das Fit für 55-Paket. Die Kommissarin für Energie, Kadri Simson, betonte, wie wichtig die Wahl des richtigen Weges zum Erreichen der Klimaziele und Europas starke Partner auf diesem Weg sind. Dabei hob sie zunächst die verschiedenen Bestrebungen der Kommission zur Umsetzung der Klimaziele hervor und bekräftigte diesbezüglich die große Bedeutung des Energiesektors. Außerdem betonte Simson die starke Partnerschaft der EU und Norwegen, die auch im Wandel des Energiesystems bestehen bleiben und gestärkt werden soll.

https://ec.europa.eu/commission/commissioners/2019-2024/simson/announcements/speech-commissioner-simson-5th-eu-norway-energy-conference_en

Kommission; Konsultation zum EU-Aktionsplan für die Digitalisierung des Energiesektors

Die Kommission hat am 04.10.2021 eine bis zum 24.01.2022 laufende Konsultation für einen EU-Aktionsplan zur Digitalisierung des Energiesektors gestartet. Ziel des

Aktionsplanes ist es, einen wettbewerbsorientierten Markt für digitale Energiedienstleistungen und digitale Energieinfrastrukturen zu schaffen. Diese sollen cybersicher, effizient und nachhaltig gestaltet sein. So soll die Integration des Energiesystems und die Teilhabe an der Energiewende gefördert und die Interoperabilität von Energiedaten, -plattformen und -dienstleistungen sichergestellt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13141-Digitalisierung-des-Energiesektors-EU-Aktionsplan_de

EuGH; Schlussanträge in der Rechtsmittelsache Nord Stream 2 zur Regulierung von Gasfernleitungen aus Drittländern

In der Rechtsmittelsache C-348/20 P der Nord Stream 2 AG hat Generalanwalt Michal Bobek am 06.10.2021 seine Schlussanträge vorgelegt. Das Gericht der EU (EuG) hatte zuvor die Klage der Nord Stream 2 AG gegen die Richtlinie, mit der der Anwendungsbereich der Erdgasrichtlinie auf Fernleitungen zwischen der EU und Drittstaaten ausgeweitet wurde, am 20.05.2020 als unzulässig abgewiesen. Dagegen hat die Nord Stream 2 AG Rechtsmittel eingelegt. Nach Auffassung des Generalanwaltes könne die Nord Stream 2 AG die Richtlinie vor den Unionsgerichten anfechten. Denn durch den Erlass dieser Richtlinie habe sich die Rechtstellung der Nord Stream 2 AG unmittelbar geändert, die zudem als einziges Unternehmen tatsächlich von dieser betroffen sei. Der Generalanwalt schlägt vor, die Rechtssache hinsichtlich der Begründetheit der Klage an das EuG zurückzuverweisen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=247106&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=5648099>

Kommission; Beratungsstelle für Energiearmut startet neue Website

Die Beratungsstelle für Energiearmut (EPAH) hat am 12.10.2021 ihre neue Website eröffnet. EPAH ist eine Initiative der Kommission, deren Ziel es ist, das Zentrum für Fachwissen über Energiearmut in Europa zu werden. Die Beratungsstelle soll sich zu einem Ansprechpartner für lokale Behörden und alle Interessengruppen entwickeln, die an Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiearmut interessiert sind.

https://ec.europa.eu/info/news/leading-eu-initiative-energy-poverty-launches-its-new-website-2021-oct-12_de

Kommission; Vorstellung einer „Toolbox“ zur Bewältigung der steigenden Energiepreise

Die Kommission hat am 13.10.2021 eine „Toolbox“ aus Maßnahmen zur Bewältigung des weltweiten Anstiegs der Energiepreise vorgestellt. Das Instrumentarium soll die unmittelbaren Auswirkungen des derzeitigen Preisanstiegs bewältigen und die Resilienz gegenüber künftigen Preisschocks verstärken. Als kurzfristige nationale Maßnahmen sind u.a. zum einen Notfall-Einkommensunterstützungen für Haushalte, zum anderen Beihilfen für Unternehmen sowie gezielte Steuersenkungen angedacht. Zudem will die Kommission mittelfristig auch Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz unterstützen, mögliche Maßnahmen im Bereich der Energiespeicherung und der Beschaffung von Gasreserven prüfen sowie die derzeitige Gestaltung des Strommarkts bewerten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5204

Rat; Verhandlungsmandat für Daten Governance Gesetz

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten haben sich am 01.10.2021 auf eine Position des Rates zum Vorschlag der Kommission für ein Daten Governance Gesetz (sog. DGA) geeinigt. Der Verordnungsvorschlag der Kommission vom 25.11.2020 (vgl. BaB 22/2020) soll einen horizontalen Rechtsrahmen für die Verwaltung/Steuerung (sog. Governance) gemeinsamer europäischer Datenräume schaffen. Die Beratungen im Rat hatten noch unter DEU-Vorsitz Ende 2020 begonnen; der nunmehr fünfte Kompromissvorschlag des Ratsvorsitzes hat die erforderliche Zustimmung der Mitgliedstaaten erhalten. Die vom Rat gewünschten Änderungen am Kommissionstext betreffen u.a. die Abgrenzung des DGA von der Datenschutzgrundverordnung. Außerdem will er den Mitgliedstaaten bei der Bereitstellung geschützter Daten des öffentlichen Sektors mehr Flexibilität hinsichtlich ihrer internen Verwaltungsstrukturen einräumen. Auch die Bestimmungen zu Datenintermediären und Datenaltruismus wurden geändert und die Struktur des geplanten Europäischen Dateninnovationsrates modifiziert. Mit der Einigung hat der Rat auch seine Position für die Verhandlungen mit dem EP über einen Kompromiss zum DGA festgelegt und dem SLO-Vorsitz das Verhandlungsmandat erteilt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12124-2021-INIT/en/pdf>

Kommission; Bewertung des EU-Verhaltenskodex gegen Online-Hassrede

Die Kommission hat am 07.10.2021 die Ergebnisse ihrer sechsten Bewertung des EU-Verhaltenskodex für die Bekämpfung illegaler Hassrede im Internet veröffentlicht. Alle untersuchten Unternehmen hielten die Vorgaben ein, aber die Ergebnisse liegen unter den Durchschnittswerten der Jahre 2019 und 2020. So prüften die Unterzeichner des Kodex 81% der Meldungen innerhalb von 24 Stunden (2020: 90,4%) und entfernten 62,5% der ihnen gemeldeten Inhalte (2019/2020: 71%). In DEU wurden 95,9% der gemeldeten Inhalte gelöscht. Der Verhaltenskodex schreibt vor, dass die Mehrzahl der Meldungen innerhalb von 24 Stunden zu prüfen ist. Twitter und YouTube habe ihre Leistung gegenüber 2020 leicht verbessert; bei den anderen Unternehmen hat die Kommission eine Verschlechterung festgestellt. Sie kritisiert zudem die unzureichende Rückmeldung zu Meldungen von Nutzern. Im Rahmen der Bewertung wurden erstmals auch Angaben der Unternehmen zur Art ihrer Maßnahmen zur Bekämpfung von Hetze und Löschung derartiger Inhalte, einschließlich automatisierter Instrumente, berücksichtigt.

https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/factsheet-6th-monitoring-round-of-the-code-of-conduct_october2021_en.pdf

Kommission; Registrierung einer Europäischen Bürgerinitiative zu 5G

Die Kommission hat am 07.10.2021 beschlossen, die Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „Stop (((5G))) – Stay Connected but Protected“ zu registrieren. Deren Organisatoren fordern die Kommission auf, Rechtsvorschriften vorzulegen, um einen besseren Schutz vor den mutmaßlichen Risiken von hochfrequenten elektromagnetischen Feldern und Mikrowellenstrahlung zu erreichen, und um einen wirksamen Schutz – auch vor Cyberkriminalität – von personenbezogenen Daten, die mit den neuen Kommunikationstechnologien verarbeitet werden, sicherzustellen. Mit der nun erfolgten Registrierung können die Organisatoren mit der Sammlung von Unterschriften beginnen. Erhält eine Europäische Bürgerinitiative innerhalb von einem Jahr eine Mio. Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben Mitgliedstaaten, muss die Kommission ihren Inhalt eingehend prüfen und reagieren. Die Kommission weist darauf hin, dass die Registrierung der Initiative nicht bedeute, dass sie deren sachliche Richtigkeit bestätigen würde. Hierfür seien allein die Organisatoren

verantwortlich. Einige der im Rahmen dieser Initiative gemachten Aussagen stehen, so die Kommission weiter, im Widerspruch zu den ihr vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnissen.

https://europa.eu/citizens-initiative/news_en

Rat; informelle Sitzung des Rates Telekommunikation

Am 14.10.2021 diskutierten die für Telekommunikation (TK) zuständigen Ministerinnen und Minister der Mitgliedstaaten in einer informellen Videokonferenz über den Verordnungsvorschlag der Kommission für Künstliche Intelligenz (KI) vom 21.04.2021. Im Mittelpunkt der Orientierungsaussprache standen die Gestaltung und die Herausforderungen der wirksamen Umsetzung der geplanten KI-Verordnung. Nach der Sitzung erklärte der SLO-Vorsitz, man strebe an, eine erste Lesung des gesamten Textes bis Jahresende durchzuführen und einen ersten Kompromissvorschlag bzw. einen Fortschrittsbericht zum Ende der Präsidentschaft vorzulegen. Zu der umstrittenen Frage einer Ausnahme für den Bereich der polizeilichen Ermittlungsarbeit erklärte der Vorsitz, es bestehe Einigkeit, dass ein horizontaler Rechtsakt notwendig sei.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2021/10/14/>

F o r s c h u n g

Kommission; Nobelpreise; EU-Forschungsförderung; Forschungsrat

Forschungskommissarin Mariya Gabriel hat am 06.10.2021 die diesjährige Vergabe der Nobelpreise in den Naturwissenschaften begrüßt. Mit Benjamin List erhalte ein weiterer großer Wissenschaftler den Nobelpreis für Chemie. List war von der EU über ein Jahrzehnt lang durch zwei Grants des Europäischen Forschungsrats (ERC) unterstützt worden. Kommissarin Gabriel beglückwünschte den Forscher zu der Auszeichnung. Benjamin List hat die Auszeichnung für die Entwicklung der asymmetrischen Organokatalyse erhalten. Er teilt sich die Auszeichnung mit David W.C. MacMillan. Der gebürtige Frankfurter List, der an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt promovierte, ist aktuell Direktor am Max-Planck-Institut für Kohlenforschung. Es ist der neunte Nobelpreis seit der Gründung des ERC im Jahr 2007, der an einen EU-geförderten Wissenschaftler verliehen wurde. Am Vortag waren Klaus Hasselmann und Giorgio Parisi, zwei ebenfalls von der EU geförderte Wissenschaftler, mit dem Nobelpreis für Physik 2021 ausgezeichnet worden. Sie erhielten den Preis gemeinsam mit Syukuro Manabe für ihre bahnbrechenden Beiträge zum Verständnis komplexer physikalischer Systeme. Der ERC ist ein fester Pfeiler des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa und verleiht renommierte Förderungen (Grants) nach einem sehr wettbewerblichen Auswahlverfahren.

<https://erc.europa.eu/news/erc-grantee-benjamin-list-wins-2021-nobel-prize-chemics>

Kommission; Forschung; Kompetenzzentrum Bürgerbeteiligung; JRC

Die Kommission hat am 06.10.2021 in ihrer Gemeinsamen Forschungsstelle (JRC) ein Kompetenzzentrum für Bürgerbeteiligung eingerichtet. Im Rahmen des Zentrums werden künftig Partnerschaften gefördert und Leitlinien und Instrumente bereitgestellt, um die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die EU-Politik zu stärken. Das Zentrum wurde mit dem Ziel gegründet, EU-Institutionen dabei zu helfen, ihre Kapazitäten zur Unterstützung von Projekten und Strategien für partizipative und deliberative Demokratie aufzubauen. Die Kommission möchte erreichen, dass alle politischen Entscheidungsträger bei der Gestaltung politischer Dossiers zunächst Möglichkeiten prüfen, wie Bürgerinnen und Bürger in diesen Prozess einzubinden sind. Forschungskommissarin Mariya Gabriel erklärte, der Stellenwert der Beiträge von

Bürgerinnen und Bürgern sei wichtiger denn je, da die zunehmend komplexeren Herausforderungen für Gesellschaften uns dazu zwingen, u.a. viele Aspekte unserer Volkswirtschaften zu überdenken und neu zu gestalten. Zu den Aufgaben des neuen Zentrums gehören Maßnahmen zur Bürgerbeteiligung, Beratung für politische Entscheidungsträger hierzu, der Aufbau interner Kapazitäten wie Schulungen, sowie insbesondere auch ein Wissensregister und eine Datenbank mit Einrichtungen und Projekten zur Bürgerbeteiligung in der EU. Das JRC böte eine virtuelle Plattform zum Austausch wie auch physische Räume an.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5026

Kommission, Bekanntgabe der ausgewählten EIC-„Accelerator“-Unternehmen

Der Europäische Innovationsrat (EIC) der Kommission hat am 14.10.2021 im Rahmen des Programms Horizont Europa die erste Gruppe von innovativen Start-ups und kleinen und mittleren Unternehmen ausgewählt, die insgesamt 363 Mio. EUR für bahnbrechende Innovationen erhalten sollen. Von den 65 ausgewählten Unternehmen kommen elf aus DEU. Sie erhalten durch den EIC-„Accelerator“ eine Kombination aus Finanzhilfen und Beteiligungsinvestitionen, um ihre bahnbrechenden Innovationen u.a. in den Bereichen Gesundheitsversorgung, digitale Technologien, Energie, Biotechnologie und Weltraum zu entwickeln und voranzubringen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5225

Finanzdienstleistungen

EBA; Arbeitsprogramm für 2022 veröffentlicht

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) hat am 05.10.2021 ihr jährliches Arbeitsprogramm für 2022 veröffentlicht. Für 2022 hat die EBA für sich fünf vertikale Prioritäten festgelegt. Das betrifft zum einen die Überwachung und Aktualisierung des aufsichtsrechtlichen Rahmens für Aufsicht und Abwicklung, die Überarbeitung und Stärkung des EU-weiten Stresstest-Rahmens sowie die Nutzung der zentralen europäischen Infrastruktur für Aufsichtsdaten (EUCLID). Des Weiteren gehören zu den fünf Prioritäten die Vertiefung der Analyse und des Informationsaustauschs in den Bereichen digitale Resilienz, FinTech und Innovation sowie die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und die Leistung eines Beitrags zu einer neuen EU-Infrastruktur. Außerdem hat die EBA auch zwei horizontale Prioritäten bestimmt. Das ist zum einen die Bereitstellung von Instrumenten zur Messung und Steuerung von Risiken in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG) und zum anderen die Überwachung und Abmilderung der Auswirkungen der Covid-Pandemie.

<https://www.eba.europa.eu/eba-publishes-its-work-programme-2022>

Finanzen

Rat; Tagung der EUR-Gruppe und des Rates für Wirtschaft und Finanzen

Am 04.10.2021 berieten sich die Finanzministerinnen und Finanzminister der Eurozone im Rahmen der EUR-Gruppe unter Vorsitz des Präsidenten der EUR-Gruppe Paschal Donohoe in LUX. Auf der Tagesordnung der Sitzung standen u.a. die makroökonomischen Entwicklungen im EUR-Währungsgebiet, die Bankenunion und der elfte Bericht über die verstärkte Überwachung von GRI. Am 05.10.2021 trafen sich dann die 27 Ministerinnen und Minister im Format des Rates der EU für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN). Diskutiert wurden die Implementierung der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) als Kernstück des Wiederaufbaufonds, die Überarbeitung der

Finanzregulierung von Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften (Solvency II), der weitere Fortgang des Europäischen Semesters sowie die Schlussfolgerungen zur Klimafinanzierung im Hinblick auf die 26. UN-Klimakonferenz (COP26) in Glasgow vom 01.-12.11.2021. Weiteres Thema war die Aktualisierung der EU-Liste nicht-kooperativer Länder in Steuersachen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/ecofin/2021/10/05/>

Rat; Anguilla, Dominica und Seychellen von der EU-Liste der nicht kooperativen Steuergebiete gestrichen

In seinen am 05.10.2021 angenommenen Schlussfolgerungen beschloss der Rat, Anguilla, Dominica und die Seychellen von der EU-Liste der nicht kooperativen Steuergebiete zu streichen. Alle drei Länder waren zuvor auf die Liste gesetzt worden, weil sie die EU-Kriterien für Steuertransparenz nicht erfüllten. Neun Länder stehen weiterhin auf der EU-Liste der nicht-kooperativen Länder: Amerikanisch-Samoa, Fidschi, Guam, Palau, Panama, Samoa, Trinidad und Tobago, US Virgin Islands und Vanuatu. In Erwartung der gewährten ergänzenden Überprüfung sind Anguilla, Dominica und die Seychellen nun in den Anhang II aufgenommen worden, der Länder umfasst, die noch nicht alle internationalen Steuerstandards erfüllen, sich aber zur Umsetzung der Grundsätze des verantwortungsvollen Handelns im Steuerbereich verpflichtet haben. Nach der Überarbeitung wird die Türkei weiterhin in Anhang II aufgeführt, weil sie sich nicht zum automatischen Informationsaustausch mit allen Mitgliedstaaten verpflichtet.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/10/05/taxation-anguilla-dominica-and-seyelles-removed-from-the-eu-list-of-non-cooperative-jurisdictions/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Taxation%3a+Anguilla%2c+Dominica+and+Seyelles+removed+from+the+EU+list+of+non-cooperative+jurisdictions

EuGH; Abschreibungen bei Erwerb von Beteiligungen an ausländischen Unternehmen bei spanischer Körperschaftsteuer

Der EuGH weist mit den Urteilen vom 06.10.2021 in den Rechtssachen C-50/19 P, Sigma Alimentos Exterior / Kommission, in den verbundenen Rechtssachen C-51/19 P, World Duty Free Group / Kommission, und C-64/19 P, ESP / Kommission, in der Rechtssache C-52/19 P, Banco Santander / Kommission, in den verbundenen Rechtssachen C-53/19 P, Banco Santander und Santusa / Kommission, und C-65/19 P, ESP / Kommission, sowie in den Rechtssachen C-54/19 P, Axa Mediterranean / Kommission, und C-55/19 P, Prosegur Compañía de Seguridad / Kommission die Rechtsmittel gegen die Urteile des Gerichts zurück, mit denen die Einstufung der spanischen Steuerregelung über die Abschreibung des finanziellen Geschäfts- oder Firmenwerts („goodwill“) als mit dem Binnenmarkt unvereinbare staatliche Beihilfe bestätigt wurde. Im Jahr 2007 eröffnete die Kommission ein förmliches Verfahren zur Prüfung der Vereinbarkeit der spanischen Steuervorschriften über die steuerliche Abschreibung des finanziellen Geschäfts- oder Firmenwerts („goodwill“) beim Erwerb von Beteiligungen durch gebietsansässige Gesellschaften an anderen Unternehmen mit den Bestimmungen über staatliche Beihilfen. Gemäß einer im Jahr 2001 in das spanische Körperschaftsteuergesetz eingeführten steuerlichen Maßnahme kann der finanzielle Geschäfts- oder Firmenwert, der sich aus dem Erwerb von Beteiligungen von mindestens 5% durch ein gebietsansässiges Unternehmen an einer ausländischen Gesellschaft ergibt, in Form einer Abschreibung von der Bemessungsgrundlage der von dem gebietsansässigen Unternehmen geschuldeten Körperschaftsteuer abgezogen werden, sofern es die Beteiligung mindestens ein Jahr lang ununterbrochen hält. Dagegen führt der Erwerb von Beteiligungen der in ESP steuerpflichtigen Unternehmen an anderen gebietsansässigen Unternehmen außer im

Fall der Unternehmensverschmelzung nicht zu einer Abschreibung des finanziellen Geschäfts- oder Firmenwerts. Mit Entscheidung vom 28.10.2009 stellte die Kommission fest, dass es sich bei der fraglichen steuerlichen Maßnahme um eine mit dem Binnenmarkt unvereinbare Beihilferegelung handele, und verpflichtete ESP, die gewährten Beihilfen zurückzufordern. Im anschließenden Klageverfahren erklärte das EuG die streitigen Entscheidungen für nichtig, da es der Auffassung war, dass die Kommission die Selektivität der fraglichen steuerlichen Maßnahme nicht nachgewiesen habe. Die Selektivität sei eines der notwendigen kumulativen Kriterien für die Einstufung einer nationalen Maßnahme als staatliche Beihilfe. Auf die von der Kommission eingelegten Rechtsmittel hin hob der EuGH diese Urteile im Wesentlichen mit der Begründung auf, dass sie auf einem falschen Verständnis des Tatbestandsmerkmals der Selektivität eines Vorteils beruhten, und verwies die Sachen an das EuG zurück. Nach Zurückverweisung bestätigte das EuG die Selektivität der fraglichen steuerlichen Maßnahme und wies die gegen die streitigen Entscheidungen erhobenen Nichtigkeitsklagen ab. Der EuGH (Große Kammer), der jetzt mit Rechtsmitteln befasst worden ist, die von den klagenden Unternehmen und von ESP eingelegt worden waren, hat diese Rechtsmittel zurückgewiesen und dabei seine Rechtsprechung zur Selektivität steuerlicher Maßnahmen präzisiert.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-10/cp210170de.pdf>

Kommission; Ausgabe der ersten grünen Anleihe zur Finanzierung des Wiederaufbaufonds NGEU (Next Generation EU)

Die Kommission hat am 12.10.2021 die erste grüne NGEU-Anleihe zur Finanzierung des Wiederaufbaufonds ausgegeben und damit 12 Mrd. EUR mobilisiert, die für grüne und nachhaltige Investitionen in der gesamten EU verwendet werden sollen. Es handelt sich um die weltweit bis dato größte Emission grüner Anleihen. Mit den grünen NGEU-Anleihen wird die EU zum weltweit größten Emittenten grüner Anleihen. Die am 04.02.2037 fällige Anleihe mit 15-jähriger Laufzeit war um mehr als das 11-Fache überzeichnet. Von einem breiten Spektrum an Anlegern wurde Interesse an der Anleihe bekundet. Die Emission ist der Start des Programms für grüne NGEU-Anleihen, mit dem bis Ende 2026 bis zu 250 Mrd. EUR aufgelegt werden soll. Mit den Mitteln aus den Emissionen grüner NGEU-Anleihen werden grüne und nachhaltige Ausgaben im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität finanziert.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5207

Kommission; Annahme der Vereinbarung über die internationale Steuerreform durch die G20

Am 13.10.2021 begrüßte Kommissar Gentiloni die Annahme der Vereinbarung über die internationale Steuerreform durch die G20-Finanzminister als einen wichtigen Schritt zur Umsetzung der am 08.10.2021 beschlossenen globalen Steuerreform. Mit 136 Ländern an Bord, darunter alle G20-Mitglieder, alle OECD-Mitglieder und alle EU-Mitgliedstaaten, sei dies nichts weniger als eine Steuerrevolution. Sobald die OECD die Modellregeln für die zweite Säule fertiggestellt habe, werde die Kommission zeitnah eine Richtlinie für deren Umsetzung in der EU vorlegen. Für die erste Säule werde die Kommission sorgfältig prüfen, ob eine Richtlinie erforderlich sei, um ihre kohärente und wirksame Umsetzung auf EU-Ebene zu gewährleisten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_21_5247

EuGH; Vorsteuerabzug bei gemischt genutztem Vermögen

Der EuGH hat am 14.10.2021 in den verbundenen Rechtssachen C-45/20 und C-46/20, Finanzamt N und Finanzamt G, sein Urteil zu der Frage verkündet, ob der Vorsteuerabzug für gemischt genutzte Gegenstände davon abhängig gemacht werden darf, dass die Zuordnung des betreffenden Gegenstands zum

Unternehmensvermögen dem zuständigen Finanzamt innerhalb einer bestimmten Frist mitgeteilt wird. Nach der Rechtsprechung des deutschen Bundesfinanzhofs ist ein Vorsteuerabzug, der sich aus der Zuordnung eines gemischt genutzten Gegenstands zum Unternehmensvermögen ergibt, nur dann zulässig, wenn diese Zuordnung dem zuständigen Finanzamt innerhalb der gesetzlichen Frist für die Abgabe der Umsatzsteuer-Jahreserklärung mitgeteilt wurde. Der Bundesfinanzhof hat den EuGH dazu befragt, ob diese Rechtsprechungspraxis mit dem Unionsrecht vereinbar ist. Er hat über zwei Fälle zu entscheiden, in denen der Vorsteuerabzug für ein Arbeitszimmer in einem Einfamilienhaus bzw. für eine Photovoltaikanlage abgelehnt wurde, weil deren Zuordnung zum Unternehmensvermögen den zuständigen Finanzämtern erst nach der gesetzlichen Frist für die Abgabe der Jahreserklärung mitgeteilt wurde. Der EuGH antwortet dem deutschen Bundesfinanzhof, dass Art. 168 Buchst. a in Verbindung mit Art. 167 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28.11.2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem nationalen Bestimmungen nicht entgegenstehe, die von einem nationalen Gericht so ausgelegt werden, dass die zuständige nationale Steuerverwaltung den Vorsteuerabzug in Bezug auf einen Gegenstand unter der Annahme, dass dieser dem Privatvermögen des Steuerpflichtigen zugewiesen wurde, verweigern dürfe, wenn ein Steuerpflichtiger ein Wahlrecht habe, ob er einen Gegenstand dem Vermögen seines Unternehmens zuordne, und diese Steuerverwaltung nicht spätestens bis zum Ablauf der gesetzlichen Frist für die Abgabe der Umsatzsteuer-Jahreserklärung in die Lage versetzt wurde, aufgrund einer ausdrücklichen Entscheidung oder hinreichender Anhaltspunkte eine solche Zuordnung des Gegenstands festzustellen, es sei denn, die besonderen rechtlichen Modalitäten für die Ausübung dieser Befugnis lassen erkennen, dass sie nicht mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vereinbar sei.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=247606&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=13300827>

Soziales

EuGH; Spanische Regelung könnte Gleichstellungsrichtlinie entgegenstehen (Rechtssache C-389/20)

Generalanwalt Maciej Szpunar hat am 30.09.2021 seine Schlussanträge zur Frage des Arbeitslosengeldes für spanische Hausangestellte vorgelegt. Das spanische allgemeine Gesetz zur sozialen Sicherheit sieht vor, dass Hausangestellte, die ihre Arbeit verlieren, kein Arbeitslosengeld bekommen. Da mit über 95% ein Großteil der Hausangestellten weiblich sind, sieht Generalanwalt Szpunar in dieser Regelung einen Widerspruch zur Gleichstellungsrichtlinie der EU. Außerdem erkennt er in der spanischen Regelung keine ausreichende Rechtfertigung dafür, dass Hausangestellte, unabhängig von ihrem Geschlecht, kein Arbeitslosengeld bekommen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-09/cp210168de.pdf>

EP; EU-weiter Ausweis für Menschen mit Behinderung

Am 07.10.2021 veröffentlichte das EP das Ergebnis einer Abstimmung, der zufolge 579 MdEP dafür stimmten, dass ein europäischer Behindertenausweis eingeführt werden soll. 12 MdEP stimmten dagegen und 92 enthielten sich. Die MdEP nahmen außerdem weitere Empfehlungen an, um die Lebenssituation von Menschen mit Behinderung in der EU zu erleichtern. Dazu gehören die Beseitigung physischer Hindernisse für das Reisen sowie eine Anpassung der Behörden- und der Bildungssysteme.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20210930IPR13929/rechte-von-menschen-mit-behinderungen-ein-behindertenausweis-fur-die-gesamte-eu>

Kommission; 1,2 Mio. EUR für 300 entlassene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Am 07.10.2021 kündigte die Kommission an, die erste Auszahlung aus dem Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer (EGF) im Geltungszeitraum der neuen Verordnung für den Zeitraum 2021-2027 zu tätigen. Unterstützt werden 300 entlassene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus dem Baskenland, die in der Metallindustrie arbeiteten und im Rahmen der Coronakrise ihren Arbeitsplatz verloren haben. Die finanzielle Unterstützung dient dazu, durch Fort- und Weiterbildung einen neuen Arbeitsplatz zu finden oder ein eigenes Unternehmen zu gründen. Der EGF hat seit seiner Gründung 2007 166 Vorhaben unterstützt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_5087

Kommission; 60 000 Travel Pässe für europäische Jugendliche

Am 11.10.2021 teilte die Kommission mit, dass 60 000 Interrail-Pässe an europäische Jugendliche, die zwischen dem 01.07.2001 und dem 31.12.2003 geboren sind, vergeben werden. Zur Bewerbung muss an einem Multiple Choice Quiz zur EU teilgenommen werden. Erfolgreiche Bewerberinnen und Bewerber können in einem 30-tägigen Zeitraum zwischen März 2022 und Februar 2023 kostenlos Europa mit dem Zug bereisen. Die Initiative findet im Rahmen von DiscoverEU statt, einem Programm, das 2018 gestartet ist.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_5105

Kommission; Offene Konsultation zu Beschäftigungsprogrammen

Am 08.10.2021 startete die Kommission eine offene Konsultation zu dem Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) und dem Europäischen Progress-Mikrofinanzierungsinstrument (EPMF). Bei der Konsultation sucht die Kommission nach Rückmeldungen zu den beiden Programmen. Frist hierfür ist der 28.12.2021.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=89&furtherNews=yes&newsId=10079&langld=en>

EP; Vorschläge zur Zukunft Europas aus dem Europäischen Jugendevent 2021

Am 08. und 09.10.2021 fand im Anschluss an die Plenartagung des EP das hybride Europäische Jugendevent statt, das in Präsenz in Straßburg sowie online durchgeführt wurde. Dabei diskutierten insgesamt 10.000 junge Europäerinnen und Europäer in verschiedenen Konferenzen über die Gestaltung der Zukunft Europas. Unter den konkreten Ideen war beispielsweise die Förderung von Mehrsprachigkeit an Schulen und eine Erleichterung des Recyclings in der gesamten EU. Die 20 beliebtesten Ideen werden auf dem nächsten Plenum der Konferenz zur Zukunft Europas am 22. und 23.10.2021 in Straßburg vorgestellt.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211011IPR14607/europaisches-jugend-event-2021-vorschlage-fur-die-zukunft-europas>

Kommission; Zehnjähriges Bestehen des Aufklärungsnetzwerks für Radikalisierung

Am 12.10.2021 machte die Kommission auf das zehnjährige Bestehen und die Arbeit des Aufklärungsnetzwerks für Radikalisierung (RAN) aufmerksam. Das Netzwerk verbindet Akteure aus Politik, Praxis und Wissenschaft, um gewaltbereitem Extremismus in allen Formen entgegenzuwirken und ihm vorzubeugen.

https://ec.europa.eu/home-affairs/news/radicalisation-awareness-network-ran-high-level-conference-celebrating-10-years-radicalisation_en

OSHA; Bericht zu Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Telearbeit

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) veröffentlichte am 12.10.2021 einen Bericht zu den Risiken der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes bei Telearbeit und ihre möglichen Präventionsmaßnahmen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Prävention von Muskel- und Skeletterkrankungen.

<https://osha.europa.eu/de/publications/home-based-teleworking-and-preventive-occupational-safety-and-health-measures-european-workplaces-evidence-esener-3/view>

Kommission; Neue Studie zu Gleichberechtigung auf regionaler Ebene

Am 13.10.2021 veröffentlichte die Generaldirektion für Regionalpolitik und Stadtentwicklung (DG REGIO) in Zusammenarbeit mit der gemeinsamen Forschungsstelle der EU (JCR) eine Studie zu Gleichberechtigung auf regionaler Ebene. Die Studie, die jährlich erscheint, besteht aus einem Index, der die Leistungen von Frauen misst und aus einem Index, der die Benachteiligung von Frauen misst. Hessen hat zusammen mit Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern in Deutschland den niedrigsten Index, der die Leistung von Frauen misst. Mit einem Index knapp unter 60 ist Hessen EU-weit aber im Durchschnitt.

https://ec.europa.eu/regional_policy/en/information/maps/gender-equality-monitor

Kommission; 2022 als Jahr der Jugend vorgeschlagen

Die Kommission hat am 14.10.2021 vorgeschlagen, 2022 zum Jahr der Jugend auszurufen. Ziel ist es, die im Zuge der Pandemie erlittenen Entbehrungen der Nachwuchsgeneration zu würdigen und deren Engagement für eine umweltfreundlichere, digitale und inklusive Zukunft zu fördern. Im Rahmen der Ankündigung stellte die Kommission ebenfalls den neusten EU-Jugendbericht vor, der den aktuellen Stand in den Themen allgemeine und berufliche Bildung, Lernen, Beschäftigung sowie staatsbürgerliche und politische Teilhabe erfasst. Jugendlichen soll hinsichtlich der Ausgestaltung des Jahresprogramms in Kürze auf dem EU-Jugendportal die Möglichkeit eingeräumt werden, aktiv Ideen einzubringen.

https://europa.eu/youth/home_de

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Konsultation über zeitnahe Erstattung nach Flugannullierung

Am 30.09.2021 haben sich 16 große Fluggesellschaften nach Dialogen mit Kommission und nationalen Verbraucherschutzbehörden verpflichtet, die Verbraucherrechte zu stärken, indem sie zum einen bei einer Flugannullierung besser über Rückerstattungen informieren müssen. Zum anderen haben sie sich dazu verpflichtet, die Rückerstattungen innerhalb von 7 Tagen durchzuführen. Das Netzwerk für die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz (CPC-Netz) wird nun verfolgen, ob die Verpflichtungen ordnungsgemäß umgesetzt werden. Gemeinsam mit der Kommission hatte das CPC-Netz auf eine Warnmeldung des europäischen Verbraucherverbands BEUC reagiert und Informationen von den 16 Fluggesellschaften angefragt, die in Verbraucherbeschwerden bezüglich Flugannullierungen und Rückerstattungen im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie am häufigsten genannt wurden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_4944

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie

Am 05.10.2021 hat die Kommission eine bis zum 02.11.2021 laufende Konsultation zum Fahrplan für die Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie eingeleitet. Die Spielzeugrichtlinie dient der Festlegung von Sicherheitsanforderungen für Spielzeuge, die in der EU in den Verkehr gebracht werden sollen. Das Ziel der Überarbeitung ist es, Kinder besser vor unsicherem Spielzeug, insbesondere vor Risiken durch Chemikalien, zu schützen. Zudem soll der Binnenmarkt für Spielzeuge gestärkt werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13164-Schutz-von-Kindern-vor-unsicherem-Spielzeug-und-Starkung-des-Binnenmarkts-Überarbeitung-der-Spielzeugrichtlinie_de

EuGH; Stärkung der Fluggastrechte bei Flugausfall durch Streik

Am 06.10.2021 verkündete der EuGH sein Urteil in der Rechtssache C-613/20. Fraglich war, ob der Streik der Belegschaft der gebuchten Fluglinie (Eurowings) aus Solidarität mit der Belegschaft der Muttergesellschaft (Lufthansa) als außergewöhnlicher Umstand im Sinne des Art. 5 Abs. 3 der Fluggastrechteverordnung ((EG) Nr. 261/2004) anzusehen sei, der die Fluglinie von Ausgleichsverpflichtungen wegen Flugannullierung befreien kann. Der Gerichtshof stärkte die Fluggastrechte, indem er dies in seinem Urteil verneinte. Der Streik könne weder als Ereignis angesehen werden, das nicht Teil der normalen Ausübung der Tätigkeit der Tochtergesellschaft sei, noch als Ereignis, das von dieser in keiner Weise beherrschbar sei.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:62020CJ0613&from=DE>

Kommission; Konsultation; Beschränkte Verwendung von Grüntee-Catechinen in Lebensmitteln

Die Kommission hat am 06.10.2021 ihren Entwurf einer Verordnung zur beschränkten Verwendung von Grüntee-Extrakten zur Konsultation veröffentlicht. Dies soll sicherstellen, dass Lebensmittel, die diesen Stoff enthalten, für den menschlichen Verzehr zukünftig unbedenklich sind. Der Entwurf basiert auf einer wissenschaftlichen Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebenssicherheit aus dem Jahr 2018, wonach Catechine in Grüntee-Extrakten, die als Nahrungsergänzungsmittel eingenommen werden, zu einer Schädigung der Leber führen könnten. Rückmeldungen können noch bis zum 03.11.2021 abgegeben werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12572-Lebensmittelsicherheit-Beschränkung-der-Verwendung-von-Grüntee-Catechinen-in-Lebensmitteln_de

EFSA; Verbot der Verwendung von Titandioxid als Lebensmittelzusatzstoff

Am 08.10.2021 haben die Mitgliedsstaaten dem Vorschlag der Kommission zugestimmt, die Verwendung des bisher zugelassenen Lebensmittelzusatzstoffs Titandioxid (E 171) ab dem Jahr 2022 zu verbieten. Der Vorschlag basiert auf einer aktualisierten Bewertung tausender Studien sowie neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Daten zu Nanopartikeln vom Expertengremium der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA). Titandioxid wurde bisher als Farbstoff in einer Reihe von Produkten wie Kaugummi, Gebäck, Nahrungsergänzungsmitteln, Suppen und Brühen verwendet. Entscheidend für die Sicherheitsbewertung des Expertengremiums waren Bedenken hinsichtlich der möglichen Genotoxizität, also der Fähigkeit von chemischen Substanzen, genetisches Zellmaterial zu verändern. Der Rat und das EP haben bis Ende 2021 Zeit, um Einspruch zu erheben.

https://ec.europa.eu/germany/news/20211008-eu-verbot-titandioxid-in-lebensmitteln_de

EP; Ausschuss stimmt für EU-Arzneimittelstrategie

Am 11.10.2021 teilte das EP mit, dass der Ausschuss für Umwelt, öffentliche Gesundheit und Ernährungssicherheit (ENVI) mit 62 Stimmen für, 8 Stimmen gegen und 8 Enthaltungen die von der Kommission am 25.11.2020 vorgeschlagene Arzneimittelstrategie annahm. Ziel der Strategie ist es, den Zugang zu Arzneimitteln in der EU zu erleichtern und ihre Bezahlbarkeit zu sichern.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20211006IPR14309/eu-health-meps-call-for-a-future-proof-eu-pharmaceutical-policy>

Rat; Informelles Treffen der Gesundheitsministerinnen und -minister

Am 11.10.2021 fand ein informelles Treffen der Gesundheitsministerinnen und -minister unter dem slowenischen Ratsvorsitz statt. Dabei sprachen sich diese für eine größere Unabhängigkeit der EU bei der Arzneimittelversorgung aus und bekräftigten im Zuge dessen die Bedeutung der EU-Arzneimittelstrategie. Die Gesundheitssysteme der EU sollen außerdem insgesamt widerstandsfähiger werden. Schließlich tauschten sich die Ministerinnen und Minister auch über die Impfstrategie der EU aus und betonten, dass Fehlinformationen zur Impfung gegen COVID-19 bekämpft werden müssten.

<https://slovenian-presidency.consilium.europa.eu/de/aktuelles/die-ministerinnen-und-minister-unterstutzten-die-starkung-der-europaischen-gesundheitsunion/>

Kommission; Zuschüsse über 100.000 EUR für Telemedizin in Krankenhäusern

Das ICU4COVID Konsortium aus AUT, DEU und PTL vergibt Zuschüsse über 100.000 EUR für Krankenhäuser im ländlichen Raum. Abrufbar sind die Zuschüsse zum Einsatz von CPS4TIC Konsolen im Bereich der Telemedizin. Bei CPS4TIC handelt es sich um ein Cybersystem für telemedizinische Anwendungen in der Intensivpflege. CPS4TIC wurde bereits im Rahmen des Thalea Projektes für die Verwendung während der Pandemie erprobt.

<https://www.icu4covid.eu/opencall-proposal/>

U m w e l t

EuRH; EU-Forststrategie hat nur begrenzte Auswirkungen

Am 04.10.2021 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof einen Sonderbericht über die EU-Forststrategie im Zeitraum 2014-2020. Aus dem Bericht geht hervor, dass sich der Zustand der Wälder trotz Vergrößerung der Waldfläche in der EU verschlechtert hat. Die Kommission hätte laut Bericht in den Bereichen ihrer ausschließlichen Zuständigkeit entschiedenere Maßnahmen zum Schutz der Wälder ergreifen können, zum Beispiel bei der Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und durch stärkere Ausrichtung von forstwirtschaftlichen Maßnahmen zur Entwicklung des ländlichen Raums auf die biologische Vielfalt und den Klimawandel. Obwohl in der EU die Waldgebiete fast so groß sind wie die Agrarflächen, fließt in die Forstwirtschaft deutlich weniger EU-Geld als in die Landwirtschaft – weniger als 1 % der Mittel für die Gemeinsame Agrarpolitik. In dem genannten Zeitraum wurde das zur Verfügung stehende Geld, das zu 90% aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) bereitgestellt wird, vor allem für Erhaltungsmaßnahmen, die Anpflanzung und die Wiederherstellung von Waldflächen eingesetzt.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/NewsItem.aspx?nid=15894>

Kommission; Konsultation zur Bewertung des EU-Aktionsplans zum illegalen Artenhandel

Am 05.10.2021 hat die Kommission zwei Konsultationen über den EU-Aktionsplan zum illegalen Artenhandel veröffentlicht. Die erste soll den im Jahr 2016 verabschiedeten EU-Aktionsplan bewerten sowie untersuchen, wie sich der Plan auf die Eindämmung des illegalen Artenhandels ausgewirkt und ob er zur Ergänzung der nationalen Bemühungen beigetragen hat. Die Frist für Rückmeldungen ist für beide Konsultationen auf den 28.12.2021 datiert.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12117-Illegaler-Artenhandel-EU-Aktionsplan-Bewertung-de>

Umweltrat; Festlegung des EU-Standpunktes für den Klimagipfel COP26

Am 06.10.2021 hat der Umweltrat getagt und Schlussfolgerungen gebilligt, die das Verhandlungsmandat der EU für den Klimagipfel COP26, der vom 31.10.-12.11.2021 in Glasgow stattfindet, festlegen. Die Mitgliedsstaaten heben die Notwendigkeit hervor, die globalen Maßnahmen zur Bewältigung des Klimanotstands zu verstärken und einen gerechten und fairen Übergang zu gewährleisten. Sie fordern alle Vertragsparteien des Pariser Abkommens auf, ehrgeizigere nationale Emissionsminderungsziele vorzulegen. Industrieländer werden zudem dazu aufgefordert, die internationale Klimafinanzierung aufzustocken. Außerdem wird eine Präferenz für fünfjährige Intervalle für Emissionsreduktionsverpflichtungen nach 2031 zum Ausdruck gebracht.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/10/06/council-sets-eu-s-position-for-cop26-climate-summit/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Council+sets+EU%27s+position+for+CO26+climate+summit

Umweltrat; Festlegung des Standpunktes zur Aarhus-Verordnung

Am 06.11.2021 hat der Rat seinen Standpunkt in erster Lesung über eine Änderung der Aarhus-Verordnung über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten festgelegt. Die Festlegung erfolgte im Anschluss an die im Juli 2021 erzielte vorläufige Einigung mit dem EP und stellte den letzten Schritt des Annahmeverfahrens dar. Mit der Änderung soll sichergestellt werden, dass die EU das Übereinkommen von Aarhus uneingeschränkt einhält, indem die Klagebefugnis über Nichtregierungsorganisationen hinaus ausgeweitet wird. Das bedeutet, dass Teile der Öffentlichkeit die Überprüfung von einem Organ oder einer Einrichtung der EU erlassenen Verwaltungsakten ohne Gesetzescharakter beantragen können, wenn diese rechtliche und externe Auswirkungen nach sich ziehen und Bestimmungen enthalten, die möglicherweise gegen das Umweltrecht verstoßen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2021/10/06/aarhus-regulation-council-adopts-its-position-at-first-reading/>

EuGH; Zulassung von Recycling DEHP-haltiger Kunststoffe zulässig

Am 06.10.2021 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-458/19 P zur Überprüfung der Zulassung der Verwendung von DEHP-haltigem Weich-PVC beim Kunststoffrecycling. Die Verwendung des Weichmachers DEHP wurde 2018 durch die Kommission beschränkt, da er hormonwirksam ist und das menschliche Fortpflanzungssystem beeinflussen kann. Anders als in den Schlussanträgen der Generalanwältin vom 25.02.2021 urteilte der EuGH, dass die von der Kommission erteilte Zulassung für die Verwendung von DEHP in recyceltem PVC zulässig ist. Die Nichtregierungsorganisation ClientEarth hatte dem EuG insgesamt sieben Rechtsfehler vorgeworfen und deswegen vor dem EuGH die Aufhebung des

vorangegangenen Urteils (Rechtssache T-108/17) beantragt. Der EuGH hat mit seinem Urteil alle vorgebrachten Rechtsmittelgründe von ClientEarth abgewiesen und damit die Zulässigkeit der durch die Kommission erteilten Zulassung für die Verwendung DEHP-haltiger Kunststoffe beim Recycling bejaht. Der EuGH stellte außerdem fest, dass das Vorsorgeprinzip auch bei einem sozioökonomischen Zulassungsverfahren gemäß Art. 60 Abs. 4 der REACH-Verordnung gewahrt sein kann.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?docid=247048&mode=req&pageIndex=1&dir=&occ=first&part=1&text=&doclang=DE&cid=9985408>

Kommission; Konsultation zur Überarbeitung der Verordnung von kosmetischen Mitteln

Am 07.10.2021 hat die Kommission ihren Fahrplan für eine Initiative vorgelegt, die im Rahmen der EU-Nachhaltigkeitsstrategie für Chemikalien die Effizienz und Wirksamkeit der geltenden Vorschriften für kosmetische Mittel verbessern soll. Die Strategie zielt darauf ab, die menschliche Gesundheit und die Umwelt besser zu schützen und Innovationen für sichere und nachhaltige Chemikalien zu fördern. Rückmeldungen können noch bis zum 01.11.2021 gegeben werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13197-EU-Nachhaltigkeitsstrategie-fur-Chemikalien-Verordnung-uber-kosmetische-Mittel-Uberarbeitung-de>

Kommission; Habitat Richtlinie - Neuer Leitfaden für geschützte Arten

Die Kommission hat am 12.10.2021 einen neuen Leitfaden für den strengen Schutz von Tierarten im Rahmen der Habitat-Richtlinie herausgegeben, darunter auch Arten wie Wölfe, Bären und Delfine. Der Leitfaden wurde in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten und Interessensvertretern erstellt, stützt sich auf Erfahrungen von Artenschutzsystemen in den Mitgliedsstaaten, berücksichtigt die jüngsten Urteile des EuGHs und soll zu einer kohärenten Anwendung der Naturschutzvorschriften in der EU beitragen. Das Dokument ist eine Ressource für Behörden und Organisationen, die für die Umsetzung der Habitat-Richtlinie verantwortlich oder daran beteiligt sind, einschließlich nationaler, regionaler und lokaler Behörden sowie Naturschutzorganisationen. Die Habitat-Richtlinie verpflichtet die Mitgliedstaaten die Erhaltung der Lebensraumtypen und der Lebensräume der geschützten Arten und umfasst die Ausweisung von Schutzgebieten als Teil des EU-Netzes Natura 2000, sowie den Schutz der Arten in ihrem gesamten natürlichen Verbreitungsgebiet in den Mitgliedsstaaten, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Natura-2000-Gebiete. Das Dokument erklärt die Schutzverpflichtungen und mögliche Ausnahmen im Rahmen der Richtlinie.

https://ec.europa.eu/environment/news/habitats-directive-new-guidance-protected-species-2021-10-12_en

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Konsultation über Verringerung von Lebensmittelabfällen

Die Kommission hat am 01.10.2021 im Rahmen der „Vom Hof auf den Tisch“-Strategie Fahrpläne für eine Initiative zur Verringerung von Lebensmittelabfällen veröffentlicht. Dazu soll die Richtlinie 2008/98/EG über Abfälle zur Konsultation überarbeitet und vorbehaltlich einer Folgenabschätzung ein rechtsverbindliches EU-weites Reduktionsziel für Lebensmittelabfälle festgelegt werden. Die Initiative soll dazu beitragen, die Auswirkungen der Lebensmittelversorgungskette auf die Umwelt und das Klima zu begrenzen und sicherstellen, dass mehr für den menschlichen Verzehr

zur Verfügung steht. Rückmeldungen können noch bis zum 29.10.2021 gegeben werden.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13223-Food-waste-reduction-targets_de

Kommission; Verabschiedung von Sondermaßnahmen zur Unterstützung des Wein-, Obst- und Gemüsesektors

Um eine geringere Erzeugung von Lebensmitteln, die mit Naturkatastrophen, Klimaereignissen Pflanzenkrankheiten oder Schädlingsbefall in Zusammenhang stehen, auszugleichen, hat die Kommission am 06.10.2021 Sondermaßnahmen zur Unterstützung des Wein-, Obst- und Gemüsesektor beschlossen. So sollen für den Weinsektor Risikomanagementinstrumente wie Ernteversicherungen und Fonds auf Gegenseitigkeit stärker gefördert und die bereits bestehenden Flexibilitätsregelungen bis zum 15.10.2022 verlängert werden. Für den Obst- und Gemüsesektor wurde festgelegt, dass die Unterstützung für Erzeugerorganisationen – für deren Berechnung normalerweise der Wert der Erzeugung zugrunde gelegt wird – nicht weniger als 85% des Vorjahresniveaus betragen darf. Bereits in der ersten Jahreshälfte von 2020 verabschiedete die Kommission infolge der Covid-19-Pandemie zwei Maßnahmenpakete. Mehrere Maßnahmen wurden in Form delegierter Rechtsakte verabschiedet, für die noch ein zweimonatiger Prüfzeitraum durch das EP und den Rat gilt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_21_4922

Kommission; Konsultation über den Handel mit Bio-Erzeugnissen

Die Kommission hat am 05.10.2021 eine Konsultation über den Entwurf einer Durchführungsverordnung bzgl. des Handels mit Bio-Erzeugnissen gestartet. Nach der Annahme der neuen Verordnung (EU) 2018/848 über ökologische/biologische Produkte, die ab dem Jahr 2021 gelten, müssen nun Durchführungsbestimmungen für den Handel mit den Bio-Erzeugnissen erlassen werden. Rückmeldungen sind noch bis zum 02.11.2021 möglich.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12171-Okologischer-Landbau-Handel-mit-Bio-Erzeugnissen-Durchfuhrungsbestimmungen_de

Kommission; Bericht über kurzfristigen Aussichten für die EU-Agrarmärkte

Am 08.10.2021 veröffentlichte die Kommission die Herbstausgabe des Berichts über kurzfristigen Aussichten für die EU-Agrarmärkte im Jahr 2021, die einen detaillierten Überblick über die jüngsten Trends und die weiteren Aussichten für jeden der erfassten Agrar- und Ernährungssektoren bietet. Im Allgemeinen ist der EU-Agrar- und Ernährungssektor mit dem Anstieg der Rohstoffpreise konfrontiert, der sich unterschiedlich auf die verschiedenen landwirtschaftlichen Sektoren auswirkt. Landwirte im Bereich der Ackerkulturen dürften angesichts der positiven Aussichten und der hohen Preise in der Lage sein, den Anstieg der Betriebsmittelpreise aufzufangen. In einer schwierigeren Situation befindet sich der Schweinefleisch-, Geflügel- sowie Schaf- und Ziegenfleischsektor. Aufgrund des voraussichtlichen Rückgangs des Milchviehbestands ist auch mit einem Rückgang der Rindfleischproduktion zu rechnen.

https://ec.europa.eu/info/news/agricultural-sectors-impacted-differently-rise-input-commodity-prices-2021-oct-08_de

Kommission; Bericht zur Umsetzung der Nitrat-Richtlinie

Einem am 11.10.2021 von der Kommission veröffentlichten Bericht über die Umsetzung der Nitrat-Richtlinie zufolge werden Gewässer in der EU immer noch mit

schädlichen Nitraten verunreinigt. Zwar habe die Sanierung einiger Gewässer durch nationale Behörden und Landwirte bisher positive Auswirkungen auf die dortige Trinkwasserversorgung und die biologische Vielfalt. Die Überdüngung stelle in vielen Teilen der EU jedoch nach wie vor ein Problem dar. Im Zeitraum 2016-2019 wurde z.B. bei 14,1% des Grundwassers der für Trinkwasser festgelegte Grenzwert für die Nitratkonzentration immer noch überschritten. Den Untersuchungsergebnissen zufolge zählen zu den in der EU als eutroph gemeldeten Gewässern 81% der Meeresgewässer, 31% der Küstengewässer, 36% der Flüsse und 32% der Seen. Die Nitrat-Richtlinie spielt laut Kommission im Rahmen des europäischen Grünen Deals eine entscheidende Rolle. Sie sei ein wichtiges Instrument, bis spätestens 2027 das Ziel der Wasserrahmenrichtlinie, d.h., einen guten chemischen und ökologischen Zustand aller Wasserkörper zu erreichen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5109

Kommission; Bericht über die Anwendung der Verordnung über invasive Arten

Die Kommission hat am 13.10.2021 den ersten Bericht über die Anwendung der Verordnung über invasive gebietsfremde Arten veröffentlicht. Die Verordnung zielt darauf ab, die Bedrohung einheimischer Tiere und Pflanzen durch invasive Arten zu minimieren. Die ausgewerteten Daten aus den Jahren 2015 bis 2019 zeigen laut Kommission, dass die Mitgliedstaaten häufig wirksame Maßnahmen ergriffen haben, um absichtliche oder unabsichtliche Einschleppung bedenklicher invasiver gebietsfremder Arten in die EU zu verhindern. Dennoch fehle es immer noch in einigen Mitgliedstaaten an finanziellen und verwaltungstechnischen Kapazitäten zur Umsetzung der EU-Regeln. Die prognostizierte Zunahme des weltweiten Handels und des Reiseverkehrs sowie der Klimawandel werden dem Bericht zufolge voraussichtlich das Risiko der Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten weiter erhöhen.

https://ec.europa.eu/environment/news/biodiversity-progress-made-halting-spread-invasive-alien-species-challenges-remain-2021-10-13_en

J u s t i z

EuGH; Gutachten zum Abschluss des Übereinkommens von Istanbul vorgelegt

Am 06.10.2021 kam der EuGH in seinem Gutachten 1/19 betreffend das Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Übereinkommen) zu dem Ergebnis, dass die Rechtsgrundlage für den Erlass des Rechtsakts des Rates, mit dem über den Abschluss des Abkommens durch die Union entschieden werde, angesichts der Zuständigkeit sowohl der EU als auch der Mitgliedstaaten für die im Übereinkommen geregelten Aspekte aus Art. 78 Abs. 2, Art. 82 Abs. 2 sowie den Art. 84 und 336 AEUV bestehe. Darüber hinaus sei der Rat nach den Verträgen befugt, vor dem Erlass des Beschlusses über den Beitritt der EU zu diesem Übereinkommen einen einstimmigen Beschluss der Mitgliedstaaten abzuwarten. Das Verfahren zum Abschluss des Übereinkommens dürfe aber nicht dadurch geändert werden, dass eine einstimmige Entscheidung zur Bedingung für den Abschluss gemacht werde. Schließlich rechtfertigten die den Verträgen beigefügten Protokolle Nr. 21 und Nr. 22 eine Aufspaltung des Rechtsakts über den Abschluss des Übereinkommens in zwei Beschlüsse nur, soweit diese Aufspaltung der Nichtbeteiligung IRLs oder DNKs am Übereinkommen Rechnung trage.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=247081&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=13359999>

EuGH: Urteil zu Richter-Versetzung und Unabhängigkeit der Justiz

Am 06.10.2021 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-487/19 W.Ž., dass ein Beschluss, mit dem letztinstanzlich und durch Einzelrichter über den Rechtsbehelf eines Richters gegen seine nicht einvernehmliche Versetzung entschieden wurde, als nicht existent anzusehen sei, wenn die Ernennung des Einzelrichters unter offensichtlicher Verletzung von Grundregeln erfolgt sei, die Bestandteil der Errichtung und der Funktionsfähigkeit des betroffenen Justizsystems seien. Darüber hinaus könnten nicht einvernehmliche Versetzungen von Richtern die Grundsätze der Unabsetzbarkeit von Richtern und der richterlichen Unabhängigkeit verletzen, wenn ihre Wirkungen denen von Disziplinarstrafen entsprächen und nicht durch nationale Regelungen garantiert sei, dass jegliche Gefahr einer Beeinträchtigung der Unabhängigkeit von betroffenen Richtern durch unmittelbare oder mittelbare Einflussnahme von außen vermieden werde.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=247049&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=13233517>

EuGH; Mutter- und Tochtergesellschaft haften gesamtschuldnerisch für Wettbewerbsverstöße

Am 06.10.2021 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-882/19 Sumal, dass das Opfer eines von einer Muttergesellschaft begangenen Wettbewerbsverstößes von deren Tochtergesellschaft Schadensersatz verlangen könne. Hierzu bedürfe es jedoch des Nachweises, dass beide Gesellschaften im Zeitpunkt des Verstoßes eine wirtschaftliche Einheit gebildet hätten. Denn der Begriff „Unternehmen“ nach in Art. 101 AEUV, nach dem jedermann von Unternehmen, die an einem Kartell beteiligt seien, Schadensersatz verlangen könne, umfasse jede Einheit, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübe, unabhängig von ihrer Rechtsform und der Art ihrer Finanzierung, selbst wenn sie aus mehreren natürlichen oder rechtlichen Personen bestehe.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=247055&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=13335403>

EuGH; nur beschränkte Kontrollbefugnis bezüglich Entscheidungen über den Sitz von Agenturen

Am 06.10.2021 legte Generalanwalt Bobek seine Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C 59/18 ITL/Rat und C 182/18 Comune di Milano/Rat sowie in den verbundenen Rechtssachen C-106/19 ITL/EP und Rat und C-232/19 Comune di Milano/EP und Rat vor. Darin kommt er zu dem Ergebnis, dass der EuGH für die Beurteilung der Entscheidungen der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten über den Sitz der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) und den Sitz der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) nicht zuständig sei. Der Kontrolle des Gerichtshofs unterlägen dagegen EU-Sekundärrechtsakte, die zur Umsetzung dieser Entscheidungen erlassen worden seien.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=247101&pageIndex=0&doclang=EN&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=13325590>

Rat; Treffen der EU-Justizministerinnen und -minister in LUX

Am 07.10.2021 fand eine Tagung der EU-Justizministerinnen und -minister in LUX statt, an der für DEU Staatssekretärin Dr. Sudhof teilnahm. Für die Kommission nahmen Kommissions-Vizepräsidentin Věra Jourová und Justiz-Kommissar Didier Reynders teil. Gegenstand der Tagung waren Aussprachen und Gedankenaustausche, u.a. zu strategischen Klagen gegen Journalistinnen und Journalisten (Strategic Lawsuit against public Participation, SLAPP), zu gemeinsamen Mindeststandards für die Untersuchungshaft, zur Arbeitsaufnahme der Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTA) und zum Schutz des Personals afghanischer

Justizbehörden. Die vorgesehene Billigung von Schlussfolgerungen zur EU-Kinderrechtsstrategie scheiterte dagegen am Widerstand von HUN und POL, insbesondere gegen den Begriff „Geschlechterinklusion“.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2021/10/07-08/>

I n n e r e s

ERH; Sonderbericht zur Unterstützung durch Europol bei der Bekämpfung der Migrationsschleusung

Am 30.09.2021 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (ERH) einen Sonderbericht, in dem er die Effektivität der Unterstützung der Mitgliedstaaten (MS) durch Europäische Polizei (Europol) bei der Bekämpfung der Schleusung von Migranten bewertet. Der Prüfzeitraum erstreckte sich dabei von 2016 (dem Jahr der Einrichtung des Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Migrantenschleusung (EMSC)) bis 2019. Insgesamt kommt der ERH zu dem Schluss, dass Europol zwar wertvolle Unterstützung leiste, jedoch weiterhin vor der Herausforderung stehe, externe Informationsquellen auch vollumfänglich zu nutzen. Auch könnten die Ergebnisse der Unterstützung bislang nur schwer nachgewiesen werden, da sie nicht systematisch gemessen würden. Dies sei darauf zurückzuführen, dass kein systematisches Verfahren bestehe, nach dem die MS Daten über die mit Unterstützung von Europol erzielten Ergebnisse übermitteln könnten. Insgesamt empfiehlt der ERH Europol daher, alle relevanten externen Informationsquellen zu nutzen, den Datenaustausch mit seinen Partnern zu verstärken, die Leistungsüberwachung und -berichterstattung für die Tätigkeiten des EMSC zu verbessern sowie das Verfahren zur Priorisierung von Fällen transparenter zu gestalten.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR21_19/SR_migrant_smuggling_DE.pdf

Europol; Eurojust; Schleusernetzwerk in ROM und DEU zerschlagen

Das Europäische Polizeiamt (Europol) und die Agentur der EU für justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (Eurojust) haben am 05.10.2021 die deutsche Bundespolizei und die rumänische Polizei (Poliția Română) bei der Zerschlagung eines seit Mai 2020 von ROM aus operierenden Schleusernetzwerks unterstützt. Das kriminelle Netzwerk, dem vorwiegend afghanische Staatsangehörige angehört hätten, habe seit seinem Bestehen etwa 200 Migranten aus ROM in westeuropäische Länder, vor allem nach FRA und DEU, geschleust. Die vorwiegend aus Afghanistan stammenden Migranten hätten zwischen 1.000 und 2.000 EUR für die gefährliche Fahrt gezahlt. Am Tag der Zerschlagung stellte Europol u.a. einen virtuellen Kommandoposten bereit, um den Informationsaustausch in Echtzeit zu ermöglichen. Eurojust richtete eine gemeinsame Ermittlungsgruppe (GEG) zwischen DEU, ROM und Europol ein, um die justizielle Zusammenarbeit zu erleichtern. Insgesamt wurden 19 Orte durchsucht und 21 Verdächtige festgenommen.

<https://www.europol.europa.eu/newsroom/news/afghan-smuggling-network-dismantled-in-romania-and-germany>

EuGH; Schlussanträge zur Rechtmäßigkeit wiedereingeführter Grenzkontrollen

Am 06.10.2021 legte Generalanwalt Henrik Saugmandsgaard Øe seine Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-368/20 Landespolizeidirektion Steiermark und C-369/20 Bezirkshauptmannschaft Leibnitz vor. Darin vertritt er die Auffassung, dass die Verordnung (EU) 2016/399 über einen Unionskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex) einer

mehrfachen Verlängerung von Grenzkontrollen in der EU wegen einer ernsten Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit über die vorgegebene sechsmonatige Frist hinaus nicht zwangsläufig entgegenstehe. Solche Bedrohungen seien nicht notwendigerweise zeitlich begrenzt. Die Überschreitung der grundsätzlichen Maximalfrist von sechs Monaten unterliege allerdings besonders strengen Voraussetzungen im Hinblick auf die Verhältnismäßigkeit der Grenzkontrollen.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=247108&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=13233390>

EuGH; strafbewehrte Ausweispflicht bei Einreise verstößt nicht gegen EU-Recht

Am 06.10.2021 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-35/20 Syyttjä, dass es mit dem Unionsrecht vereinbar sei, wenn ein Mitgliedstaat seine Staatsangehörigen unabhängig vom gewählten Verkehrsmittel oder Weg sanktionsbewehrt verpflichte, bei der Einreise ein gültiges Ausweisdokument bei sich zu führen. Die entsprechende Formalität diene gerade der Erleichterung der Freizügigkeit, da jede Person, der dieses Recht zustehe, jederzeit als solche überprüft werden könne. Allerdings müssten die Sanktionen mit den allgemeinen Grundsätzen des Unionsrechts, einschließlich den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit und der Nichtdiskriminierung, vereinbar sein. Eine Geldstrafe, die 20% des durchschnittlichen Nettomonatseinkommens des Täters betrage, stehe außer Verhältnis zur Schwere des Verstoßes. Ein finnischer Staatsbürger war mit seinem Boot in estnische Gewässer und sodann zurück nach FIN gefahren und hatte dabei kein Ausweisdokument bei sich geführt. Daraufhin wurde ein Strafverfahren gegen ihn eingeleitet, das eine Geldstrafe von 95.250 EUR zur Folge hätte haben können.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=247057&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=13232764>

EuGH; vollstreckende Behörde darf Einordnung der sanktionierenden Behörde rechtlich nicht in Frage stellen

Am 06.10.2021 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-136/20 LU, dass es nicht mit dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen vereinbar sei, dass eine vollstreckende Behörde die rechtliche Einordnung der Behörde, die über die Sanktionierung einer Verhaltensweise entscheide, in Frage stelle. Österreichische Behörden hatten die Weigerung einer ungarischen Staatsangehörigen, sich als Fahrzeugführerin auszuweisen, als Verstoß gegen den Straßenverkehr regelnde Vorschriften gewertet und mit einer Geldstrafe belegt. Das mit der Vollstreckung beauftragte ungarische Gericht war jedoch der Auffassung, dass eher eine Weigerung, behördlichen Anordnungen nachzukommen, vorliege, und hegte daher Zweifel an der Vollstreckbarkeit. Mit seinem Urteil stellte der EuGH klar, dass die Entscheidung der österreichischen Behörden, dass die Weigerung ein Verstoß gegen den Straßenverkehr regelnde Vorschriften sei, grundsätzlich zu vollstrecken sei.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=247059&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=13231769>

Kommission; Forderung nach Untersuchung möglicher Pushbacks an Außengrenzen

Am 07.10.2021 äußerte sich die Kommission zu den Berichten über sog. Pushbacks an den EU-Außengrenzen. Innen-Kommissarin Johansson zeigte sich besorgt und betonte, sie wolle die Berichte im Rahmen von bilateralen Gesprächen mit GRI und KRO ansprechen. Seitens der Kommission wurde in diesem Zusammenhang auch unterstrichen, dass der im neuen Migrations- und Asylpaket vorgeschlagene

unabhängige Überwachungs-Mechanismus ein entscheidender Schritt sei, um Grundrechtsverletzungen an den Außengrenzen zu verhindern.

https://ec.europa.eu/germany/news/2021107-kommission-fordert-untersuchung-der-berichte-zu-pushbacks_de

Kommission; Hochrangiges Forum zum Schutz gefährdeter afghanischer Staatsbürger

Am 07.10.2021 fand auf Einladung der Kommission ein hochrangiges Forum zum Schutz der afghanischen Bevölkerung statt. An der virtuellen Veranstaltung nahmen die Fachministerinnen und Fachminister der Mitgliedstaaten, der EFTA-Staaten (Schweiz, Norwegen, Island und Lichtenstein), Vertreter des EP, der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge sowie der Generaldirektor der Internationalen Organisation für Migration teil. Zudem wurden Gespräche mit Vertretern der USA, GBR und Kanadas geführt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer berieten über die aktuelle Lage in Afghanistan, über Hilfsmöglichkeiten für gefährdete Bürgerinnen und Bürger sowie bestehende Aufnahme- und Integrationsmöglichkeiten. Dabei prüfte das Forum zum einen die Fortsetzung der Evakuierung und die Möglichkeiten zur Neuansiedlung afghanischer Bürgerinnen und Bürger, zum anderen die humanitäre Aufnahme von Schutzsuchenden und Umsetzung weiterer komplementärer Zugangsweisen (z.B. Familienzusammenführung).

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_5088

Rat; Verabschiedung der Blaue-Karte-Richtlinie

Am 07.10.2021 hat der Rat die Richtlinie über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von hoch qualifizierten Drittstaatsangehörigen, die zum Leben und Arbeiten in die EU ziehen (sog. Richtlinie über die Blaue Karte) verabschiedet. Die Richtlinie soll den Mitgliedstaaten dabei helfen, gerade in den vom Fachkräftemangel besonders betroffenen Sektoren, Arbeitskräfte aus Drittstaaten anzuwerben. Sie zielt darauf ab, einen Beitrag zur Harmonisierung der Einreise- und Aufenthaltsbedingungen und zur Stärkung der Attraktivität der Blauen Karte zu leisten. Konkret sollen durch die neuen Vorschriften die Mobilität innerhalb der EU erleichtert, Familienzusammenführungen ermöglicht und Verfahren für bereits anerkannte Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber vereinfacht werden. Zudem wird der Geltungsbereich der Richtlinie nunmehr auf Drittstaatenangehörige, die Familienmitglieder in der EU haben, sowie auf Personen mit internationalem Schutzstatus ausgedehnt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/PE-40-2021-INIT/de/pdf>

Rat; Aussetzung von Visaerleichterungen für Gambia

Am 07.10.2021 hat der Rat beschlossen, bestimmte Visaerleichterungen für Gambia zeitweise auszusetzen. Die Aussetzung betrifft die eigentlich bestehende Möglichkeit der Befreiung von der Pflicht bestimmte Dokumente vorzulegen, die Beschränkung der Bearbeitungszeit auf 15 Tage, die Erteilung von Mehrfachvisa und die Befreiung von Visagebühren für Diplomaten und Inhabern von Dienstpässen. Die Entscheidung resultiert aus der mangelnden Bereitschaft des Landes Drittstaatenangehörige, welche sich illegal in der EU aufhalten, zurückzuführen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-11748-2021-INIT/en/pdf>

Rat; Tagung der EU-Innenministerinnen und -minister in LUX

Am 08.10.2021 tagten die EU-Innenministerinnen und -minister in LUX. Für DEU nahm Staatssekretär Teichmann teil, für die Kommission nahmen Kommissions-Vizepräsident Margaritis Schinas und Innen-Kommissarin Ylva Johansson teil. Gegenstand des Treffens waren Aussprachen und Gedankenaustausche, u.a. zur

sicherheits- und migrationspolitischen Lage in Afghanistan, zu den geplanten Screening-Verfahren an den EU-Außengrenzen, zur externen Dimension der Migrationspolitik, zur Verbesserung des Kampfes gegen den sexuellen Missbrauch von Kindern im Internet und zur Interoperabilität der Informationssysteme.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2021/10/07-08/>

EP; Robusteres Mandat für Europol gefordert

Am 12.10.2021 hat der Ausschuss des EP für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) zwei Standpunkte in Bezug auf eine Stärkung des Mandats des Europäischen Polizeiamtes (Europol) verabschiedet. Die Texte betreffen das gemeinsame Fahndungs- und Informationssystem (Schengener Informationssystem – SIS) sowie den Datenaustausch und die Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und sexuellen Kindesmissbrauch. Durch die erste Initiative soll Europol die Kompetenz eingeräumt werden, künftig selbst Fahndungsaufträge in das SIS einzustellen. Auf diese Weise sollen insbesondere Informationslücken über Drittstaatenangehörige geschlossen werden. Bisher ist das Einstellen von Fahndungen in das SIS den Mitgliedstaaten vorbehalten. In Hinblick auf den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und den sexuellen Missbrauch an Kindern will die zweite Initiative erreichen, dass es Europol ermöglicht wird Daten mit privaten Unternehmen, z.B. Kommunikationsdienstleistern, auszutauschen, sofern es sich mutmaßlich um solche Daten handelt, die terroristische Inhalte oder sexuellen Kindesmissbrauch betreffen. Die Texte wurden mit 47 zu 16 Stimmen (Datenverarbeitung, Zusammenarbeit, Forschung und Entwicklung) und 48 zu 15 Stimmen (Fahndungsausschreibungen im SIS) angenommen

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20211011IPR14602/a-stronger-mandate-for-europol-to-respond-to-new-technologies>

EuGH; Vereinbarkeit nationaler Glücksspiel-Sanktionen mit Art. 56 AEUV

Am 14.10.2021 urteilte der EuGH in der Rechtssache C-231/20 Landespolizeidirektion Steiermark, dass nationale Gerichte im Rahmen einer Entscheidung über die Rechtmäßigkeit einer Sanktionierung von Verstößen gegen das nationale Glücksspielmonopol verpflichtet seien, speziell die Vereinbarkeit des nationalen Sanktionsregimes mit der Dienstleistungsfreiheit nach Art. 56 AEUV zu prüfen. Dies gelte auch dann, wenn bereits entschieden sei, dass die mit dem Glücksspielmonopol einhergehenden Beschränkungen mit der Dienstleistungsfreiheit vereinbar seien. Darüber hinaus stehe Art. 56 AEUV nationalen Regelungen nicht entgegen, die eine Mindestgeldstrafe pro unerlaubtem Glücksspielautomat vorsähen, sofern die daraus resultierende Gesamtgeldstrafe nicht außer Verhältnis zu den wirtschaftlichen Vorteilen stehe, die durch die Verstöße erzielbar seien. Gleiches gelte für die Verhängung einer Ersatzfreiheitsstrafe pro unerlaubtem Glücksspielautomaten, sofern die Freiheitsstrafe nicht unverhältnismäßig lang sei, und für eine Kostenfestsetzung in Höhe von 10% der verhängten Geldstrafen, sofern diese Festsetzung angesichts der tatsächlichen Kosten nicht überhöht sei und das Recht auf freien Zugang zu den Gerichten nach Art. 47 der Charta der Grundrechte der EU nicht verletzt werde.

<https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=247607&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=13286483>

Bildung und Kultur

Kommission; Förderprogramm Kreatives Europa; Jahresbericht 2020

Am 11.10.2021 hat die Kommission ihren Bericht über die Umsetzung des Förderprogramms Kreatives Europa im Kulturbereich vorgelegt. Der Bericht für das

Jahr 2020 würdigt das Programm als wichtiges Instrument für den Kultur- und Kreativsektor sowie insbesondere zur Minderung der Folgen der Pandemie für diesen Sektor. Hier habe das Programm „viele gute Ergebnisse“ erzielt. Die COVID-19-Krise habe die entscheidende soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Kultur für Europa deutlich gemacht. Das kulturelle und kreative Ökosystem sei mit am stärksten von der COVID-19-Krise betroffen gewesen, weil Kunst- und Kulturschaffende, Unternehmen und andere kulturelle Organisationen, die auf enge physische Interaktion angewiesen sind, gezwungen waren, ihre Aktivitäten einzustellen oder auf Online-Aktivitäten umzustellen. Auch künftig sei erhebliche Unterstützung für den Sektor wichtig. Relevant aus Kommissionssicht sei, dass im Programm Kreatives Europa der Aktionsplan für Medien und audiovisuelle Medien verabschiedet wurde, um europäische Medien zu fördern und die kulturelle und technologische Autonomie im digitalen Jahrzehnt zu erhalten. Zudem wurde insbesondere die Initiative „Music Moves Europe“ vorangetrieben. Auf Kommissionsebene wurde laut Bericht ein besonderer politischer Fokus zu den zentralen horizontalen Fragen der Ökologisierung und der Vielfalt entwickelt, darunter die Schaffung des Neuen Europäischen Bauhauses.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/cae6be62-b8bd-11e9-9d01-01aa75ed71a1/language-en>

EACEA; Studie zu Bildungsmodellen 2021-2022 im Vergleich

Am 07.10.2021 veröffentlichte die Europäische Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) eine Studie, in der schematisch die verschiedenen Bildungsmodelle der Mitgliedstaaten (MS) und der zehn Drittstaaten, die an dem Erasmusprogramm teilnehmen, dargestellt werden. Dabei konzentriert sich die Studie auf Schul- und Hochschulbildung im Schuljahr 2021-2022. Volkshochschulen, Weiterbildungsprogramme und Schulbildung für Erwachsene werden nicht beachtet.

https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/content/structure-european-education-systems-202122-schematic-diagrams_en

EACEA; Studie zu Schulpflicht 2021-2022 im Vergleich

Am 07.10.2021 veröffentlichte die Europäische Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) eine Studie zur Schulpflicht in den 27 Mitgliedstaaten (MS) und den zehn Drittstaaten, die an dem Erasmusprogramm teilnehmen. Die kurze Studie stellt tabellarisch das Alter der Schulpflichtigen Kinder und die Dauer der Schulpflicht für das Schuljahr 2021-2022 gegenüber.

https://eacea.ec.europa.eu/national-policies/eurydice/sites/default/files/compulsory_education_in_europe_2021_22.pdf

Information, Kommunikation und Medien

Kommission; EU-Verhaltenskodex gegen Desinformation – neue Unterzeichner

Am 30.09.2021 haben sich acht weitere Akteure dem seit 2018 bestehenden EU-Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation angeschlossen. Zu den neuen Unterzeichnern zählen die Online-Videoplattform Vimeo, das soziale Netzwerk Clubhouse und DoubleVerify, ein Anbieter von Werbetechnologie, sowie Organisationen, die Fachwissen und technische Lösungen zur Bekämpfung von Desinformation bereitstellen: Avaaz, Globsec, Logically, NewsGuard und WhoTargetsMe. Sie haben sich nach Angaben der Kommission bereit erklärt, im Rahmen der des Kodex selbst Verpflichtungen zur Bekämpfung von Desinformationen einzugehen. Im Rahmen der regelmäßigen Überwachung von Desinformation im Zusammenhang mit COVID-19 hat die Kommission am 30.09.2021 außerdem die

Berichte von Google, Facebook, Twitter, TikTok und Microsoft über die von den Plattformen im Juli und August 2021 ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung von Desinformation über COVID-19 und Impfstoffe veröffentlicht.

<https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/code-practice-disinformation>

Kommission; öffentliche Konsultation zu sog. SLAPP-Klagen“

Die Kommission hat am 04.10.2021 eine öffentliche Konsultation zu sog. SLAPP-Klagen (Strategic Lawsuits against Public Participation - strategische Gerichtsverfahren gegen die Beteiligung der Öffentlichkeit) eingeleitet. Diese missbräuchlichen Klagen werden eingesetzt, um Journalistinnen und Journalisten sowie Aktivisten daran zu hindern, über Angelegenheiten zu informieren, die von öffentlichem Interesse sind. Die Ergebnisse der Konsultation sollen in eine Gesetzesinitiative einfließen, die die Kommission 2022 vorlegen will: Eine neue Richtlinie soll die von SLAPPs besonders betroffenen (Berufs-)Gruppen besser vor strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung schützen und damit auch das ordnungsgemäße Funktionieren der Gewaltenteilung gewährleisten. Die Frist für die Teilnahme an der Konsultation endet am 10.01.2022.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13192-EU-Ma%C3%9Fnahmen-zum-Schutz-von-Journalisten-und-Menschenrechtsverteidigern-gegen-missbrauchliche-Gerichtsverfahren-SLAPP-Klagen- de>

E U – F ö r d e r p r o g r a m m e

Kommission; Finanzierung von Projektideen im Rahmen von „LIFE Clean Energy Transition“

Die Kommission teilte am 06.10.2021 mit, dass im Rahmen von „LIFE Clean Energy Transition“ 95 Mio. EUR für die Finanzierung von Projektideen zur Verfügung stehen (vgl. BaB 14/2021). LIFE Clean Energy Transition unterstützt die Umsetzung der EU-Politik im Bereich der nachhaltigen Energie. Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen von LIFE Clean Energy Transition umfasst 18 verschiedene Themen. Gefördert werden Projektideen, die zur Beschleunigung des Übergangs zu sauberer Energie in der EU beitragen. Bewerbungen können bis zum 12.01.2022 eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/news/eur-95-million-available-funding-project-ideas-accelerating-eu-clean-energy-transition-2021-oct-06 de>

V e r a n s t a l t u n g e n

Gespräche von Staatssekretär Weinmeister in Brüssel

Zwischen dem 05.10. und 14.10.2021 führte Europastaatssekretär Mark Weinmeister zahlreiche Gespräche mit Vertretern der EU-Institutionen und Verbänden zu aktuellen europapolitischen Themen. Im Mittelpunkt der Gespräche mit den Mitgliedern des EP-Wirtschafts- und Währungsausschusses (ECON) MdEP Markus Ferber (EVP/DEU), MdEP Joachim Schuster (S&D/DEU) und MdEP Engin Eroglu (RN/DEU) standen Fragen der aktuellen EU-Finanzdienstleistungspolitik und insbesondere das von der Kommission vorgelegte Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Geldwäsche. Staatssekretär Weinmeister warb gegenüber den MdEP für die Unterstützung der Bewerbung Frankfurts als Sitz der neuen EU-Agentur zur Bekämpfung von Geldwäsche.

Mit Dr. Christoph Nerlich, Mitglied im Kabinett von Sozialkommissar Schmit erörterte Staatssekretär Weinmeister aktuelle Fragen der EU-Sozialpolitik wie der angekündigte

Vorschlag zur Plattformökonomie, Maßnahmen für die Qualifizierung für digitale Kompetenzen und das neue Berufsqualifizierungsprogramm für Jugendliche „ALMA“, angesprochen wurden auch die laufenden Verhandlungen zur EU- Mindestlohn-Richtlinie.

Bei dem Gespräch mit Dr. Reinhard Felke, Direktor in der GD ECFIN, Europäische Kommission, wurde die fiskalpolitische Situation in den EU-Mitgliedstaaten thematisiert, insbesondere die Staatsverschuldung sowie die Vorschläge zur Weiterentwicklung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem amtierenden stellv. Generaldirektor für staatliche Beihilfen und Direktor für Beihilfekontrolle in der Europäischen Kommission, Karl Soukup, stand die gegenwärtige Überarbeitung der Beihilfavorschriften. Staatssekretär Weinmeister sprach dabei sowohl die Probleme der hessischen Industrie in Bezug auf Drittsubventionen am Beispiel China als auch die großen Herausforderungen bei der Transformation an. Thematisiert wurde u.a. der neue Entwurf der Kommission zu den Klima-, Umwelt-, und Energiebeihilfeleitlinien (KUEBLL). Zudem sprach Staatssekretär Weinmeister die für Hessen wichtige Notifizierung der sogenannten Südquote im Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) 2021 an. Diese sei für die Erreichung der Ausbauziele bei der Windkraft für Hessen von großer Bedeutung. Im Gespräch ging es auch um den Befristeten Beihilferahmen, eine künftige De-Minimis-Regelung sowie die Förderung wichtiger Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse.

Staatssekretär Weinmeister traf die Präsidentin der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main, Susanne Haus, den Vizepräsidenten Ludwig Held sowie den Hauptgeschäftsführer Dr. Christof Riess in der Hessischen Landesvertretung zu einem Gedankenaustausch. Dabei ging es um den Fachkräftemangel, die duale Berufsausbildung und den geplanten neuen Bildungscampus, aber auch um die Bürokratiehürden der EU-Gesetzgebung für Kleinstunternehmen und die besonderen Herausforderungen des Handwerks beim digitalen und grünen Wandel.

Zur Vorbereitung der Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft der EU am 22./23.10.2021 in Straßburg, an der die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich als Vertreterin des Bundesrates teilnimmt, traf Staatssekretär Weinmeister Colin Scicluna, Kabinettschef der Vizepräsidentin Šuica, die die Kommission im Exekutivausschuss der Zukunftskonferenz vertritt. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Aufgabe und Struktur der Arbeitsgruppen der Zukunftskonferenz, die sich am 22.10.2021 konstituieren werden, sowie die Rolle der Bürger-Panels als Ideengeber für Arbeitsgruppen und die Plenarversammlung.

Expertengespräch Sozialpolitik

Am 07.10.2021 fand in Kooperation mit dem Arbeitgeberverband HessenChemie das Expertengespräch „Europäische Sozialpolitik“ statt. Unter dem Titel „Konferenz zur Zukunft Europas: Wie stärken wir Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung?“ diskutierten Dirk Meyer, Hauptgeschäftsführer HessenChemie, MdEP Prof. Dr. Sven Simon (EVP/DEU) und Ana Carla Pereira aus dem Kabinett des EU-Kommissars für Arbeit und Soziales Nicolas Schmit. In ihrer Begrüßung hob die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Lucia Puttrich, Mitglied der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz, hervor, dass die Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und starker Wirtschaft die soziale Marktwirtschaft sei. Von Seiten der HessenChemie betonte Dirk Meyer, dass die Voraussetzung für sozialen Fortschritt eine starke Industrie sei. Auf europäischer Ebene müssten Investitionen Vorrang gegenüber Regulierungen haben. Prof. Dr. Sven Simon, Mitglied der Parlamentsdelegation der Konferenz betonte, dass ein wettbewerbsfähiger Binnenmarkt und zukunftsweisende Investitionen die Grundlage des europäischen Erfolgsmodells in der Sozialpolitik seien. Regularien müssten auf einen fairen

Wettbewerb in der EU abzielen. Für Ana Carla Pereira ist zentral, dass die Konferenz zur Zukunft Europas einen wichtigen Beitrag zur Identifikation gemeinsamer Ziele der EU Bürgerinnen und Bürger darstelle. Aus ihrer Sicht seien qualifizierte und hochwertige Arbeitsplätze ein wichtiger Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der EU und einer starken Wirtschaft. Das Gespräch moderierte Hendrik Kafsack von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

<https://www.youtube.com/watch?v=1ZCVJVvOI1U>

EUPAC-Meeting des Bundesverbandes deutscher Banken

Am 11.10.2021 richtete der Bundesverband deutscher Banken (BdB) das siebte Meeting seines EU Public Affairs Committees in der Hessischen Landesvertretung aus. Andrea Beltramello, Mitglied des Kabinetts von Kommissionsvizepräsident Dombrovskis, gab den Teilnehmern zunächst einen ausführlichen Überblick zu den Prioritäten der Kommission im Bereich der Finanzdienstleistungen. Hier habe vor allem die Bankenunion weiterhin die höchste Priorität. Sebastian Thomasius, Leiter Finanzdienstleistungen der Ständigen Vertretung DEU bei der EU, erklärte anschließend die wichtigsten Standpunkte der Bundesregierung im Finanzbereich. Lambert Köhling, Direktor Legal Affairs des BdB, sprach zu Euro-Clearing. Stattdessen müsse der EU-Markt parallel erweitert werden. Beim anschließenden Dinner, bei dem es um die Folgen der deutschen Bundestagswahl gehen sollte, führte MdEP Markus Ferber (EVP/DEU) aus, dass 80% der Wählerinnen und Wähler für pro-europäische Parteien gestimmt hätten und Deutschland deshalb auch weiterhin die Stabilität und Zuverlässigkeit liefern werde, die in der EU benötigt werde.

Hessens Livestream: CZE hat gewählt

„Eine schwierige Regierungsbildung steht bevor“, sagte der EU-Korrespondent vom Tschechischen Rundfunk in Brüssel, Viktor Daněk, der die Wahlergebnisse und deren mögliche Auswirkungen am 12.10.2021 in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel analysiert hat. Die beiden liberal-konservativen Oppositionsbündnisse SPOLU und PIRATI&STAN haben bei der Parlamentswahl in CZE überraschend zusammen eine klare Mehrheit der Sitze (108 von 200 Sitzen) im Abgeordnetenhaus errungen, sagte Daněk. Das liberal-konservative Parteienbündnis SPOLU hat die meisten Stimmen (27,79%) erhalten, die populistische Partei ANO mit ihrem Regierungschef Andrej Babiš liegt knapp hinter SPOLU auf Platz zwei mit 27,12%, die Parteienallianz Pirati&STAN kommt stimmenmäßig mit 15,62% an dritter Stelle und an vierter und letzter Stelle folgt die rechtsextreme Partei SPD mit 9,56%. Bemerkenswert sei auch, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Tschechischen Republik aufgrund der 5%-Hürde weder die kommunistische noch die sozialdemokratische Partei im Abgeordnetenhaus vertreten sind. Der jetzige Regierungschef Babiš brauche also neue Koalitionspartner, um eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden. Bislang wolle aber keiner mit ihm und seiner Partei zusammenarbeiten. Gespannt warte man, wer den Regierungsauftrag erhalte. Die Situation in CZE nach dem Wahlergebnis sei völlig offen und erinnere an die Parlamentswahlen in BUL, die in diesem Jahr zum dritten Mal stattfinden, sagte Europastaatssekretär Mark Weinmeister in seiner Begrüßung. Das Parteienspektrum in CZE habe sich verändert. Selbst wenn der amtierende Regierungschef Babiš mit der Regierungsbildung beauftragt würde, wie will er eine mehrheitsfähige Koalition bilden? Das sei eine Frage, die uns in DEU als unmittelbarer Nachbar besonders interessiert, so Weinmeister. Für die Regierungsbildung gibt es eine mehrheitsfähige Koalitionsmöglichkeit von „SPOLU+ Pirati&STAN“. Die tatsächliche Regierungsbildung könnte sich jedoch wegen des angeschlagenen Gesundheitszustands von Staatspräsident Miloš Zeman verzögern, betonte Daněk. Laut Verfassung müsse Zeman den Auftrag zur Regierungsbildung erteilen. Und wahrscheinlich würde er Andrej Babiš den Vorrang geben. Sollte sich hingegen

Zemans Gesundheitszustand weiter verschlechtern, könnte es Wochen oder sogar Monate dauern, bis ein neuer Regierungschef ernannt werden kann. In dem anschließenden Gespräch der Fernsehkorrespondentin im WDR-Studio Brüssel, Gudrun Engel, mit Viktor Daněk standen u.a. die Themen Stabilität einer neuen Regierung sowie die Auswirkungen eines Regierungswechsels auf die EU-Ebene im Vordergrund.

Parlamentarisches Frühstück der IG Metall

Der Leiter des Brüsseler Büros der IG Metall, Dr. Dirk Bergrath hatte die deutschen MdEP zu einem Parlamentarisches Frühstück am 13.10.2021 in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU eingeladen. Nach Begrüßung durch Europastaatssekretär Mark Weinmeister, führte Thorben Albrecht, Funktionsbereichsleiter Grundsatzfragen und Gesellschaftspolitik der IG Metall ein. Dabei ging er insbesondere auf die aus Sicht der IG Metall aktuellen EU-arbeits- und sozialpolitischen Fragen wie digitale Transformation, Plattformökonomie, Rolle der Betriebsräte und Green Deal ein. Seitens der MdEP, vertreten waren die Fraktionen EVP, S&D und Grüne, wurden die Themen aufgegriffen, vertieft, die Überlegungen der EU-Ebene für ein Lieferkettengesetz sowie die EU-Handelspolitik hinsichtlich China angesprochen.

Onlineveranstaltung zu Chancen und Herausforderungen des Handwerks

Auf Einladung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich, sowie der Präsidentin der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main Susanne Haus fand am 14.10.2021 eine Online-Veranstaltung zu den „Erwartungen der KMU an die EU-Industriestrategie 2021 – eine Perspektive des Handwerks“ statt. Europastaatssekretär Mark Weinmeisters betonte in seinem Grußwort, dass die Europäische Kommission sich nicht nur auf Stärkung und Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Großkonzerne konzentrieren dürfe, sondern auch einen besonderen Fokus auf die kleinen und mittleren Unternehmen legen müsse. Europäische Vorhaben hätten oftmals auch erhebliche Kosten für KMU zur Folge. Deshalb solle die Kommission bei künftigen Vorhaben sorgfältiger auch auf die Belastungen für KMU achten. Die Präsidentin der Handwerkskammer Frankfurt-Rhein-Main Susanne Haus hob in ihrem Eingangsstatement hervor, dass das Handwerk, um die Klimaziele und den digitalen Wandel zu realisieren, Planungssicherheit, Investitionsstabilität und weniger bürokratische Hürden brauche. Wichtig sei auch, unterbrochene Lieferketten, geschlossene Grenzen und unklare Richtlinien künftig zu verhindern. Die EU dürfe bei der Digitalisierung und dem grünen Wandel auch nicht vergessen, dass es neben der Industrie Menschen braucht, die die neuen Techniken einbauen, warten und reparieren. Gudrun Engel, Fernsehkorrespondentin im WDR-Studio Brüssel, moderierte im Anschluss eine Gesprächsrunde dazu, an der neben der Präsidentin Susanne Haus, die Vizepräsidentin des EP, Nicola Beer (RN/DEU), sowie Hubert Gams, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion für Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der Kommission teilnahmen. Vizepräsidentin Beer betonte, dass aus ihrer Sicht die Berücksichtigung der KMU und des Handwerks in der EU Industriestrategie 2021 zu kurz gekommen sei. Eine zentrale Forderung von Beer war der Bürokratieabbau. Im Rahmen eines „europäischen Entfesselungspakts“ brauche es nicht nur „one in, one out“, sondern „one in, two out“. Beer sprach außerdem u.a. die Probleme der steigenden Energiepreise, die Kapitalausstattung der KMU, aber auch die Ressourcenabhängigkeit an. Hier forderte sie ein verstärktes europäisches Vorgehen und neue Rohstoffpartnerschaften. Hubert Gams erklärte, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt gemeinsam für Industrie und KMU entscheidend sei. Die EU-Industriestrategie 2021 sei als Update zu den im März 2020 vorgelegten Industrie- und KMU-Strategie zu verstehen. Die KMU-Strategie aus 2020 werde durch die Kommission als noch immer aktuell befunden, da sie den

Blick auf Bereiche wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit lenke. Mit Blick auf die Folgen der Pandemie erwähnte Gams, dass die Kommission gegenwärtig an einem sogenannten Notfallinstrument arbeite. Gams stimmte aber auch zu, dass der Bürokratieabbau sehr wichtig sei. Präsidentin Haus hob in der Diskussion auch den Fachkräftemangel und die duale Ausbildung hervor und wünschte sich deutlich mehr Sichtbarkeit und Wertschätzung des Handwerks auf europäischer Ebene.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

21./22.10.2021 Europäischer Rat

Rat

18./19.10.2021 Rat für Auswärtige Angelegenheiten

26.10.2021 Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie

28.10.2021 Rat für Wirtschaft und Finanzen

Europäische Kommission

19.10.2021 Erweiterungspaket
Kommissionsarbeitsprogramm 2022
Die EU-Wirtschaft nach Covid-19: Implikationen für die
wirtschaftspolitische Steuerung

27.10.2021 Überprüfung der Eigenkapitalregeln (Basel III)

Europäisches Parlament

Plenarsitzung vom 18. - 21.10.2021

Strategie „Vom Hof auf den Tisch“
Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets 2021
Beschäftigungs- und Sozialpolitik des Euro-
Währungsgebiets 2021
Schutz von Arbeitnehmern vor Asbest
Europas Medien in der digitalen Dekade
Die Situation von Künstlern und die kulturelle Erholung in
der EU
Effizienz der Verwendung der Mittel aus dem
Solidaritätsfonds der EU durch die Mitgliedstaaten im Falle
von Naturkatastrophen
Arbeitsprogramm der Kommission 2022

Gesamthaushaltsplan der EU für das Haushaltsjahr 2022
 – alle Einzelpläne
 Gemeinsame Unternehmen im Rahmen von „Horizont
 Europa“
 Transparenz in der EU in Bezug auf die Entwicklung, den
 Kauf und die Verteilung von COVID-19-Impfstoffen
 Pandora Papers: Konsequenzen für die Bemühungen um
 die Bekämpfung von Geldwäsche, Steuerhinterziehung
 und Steuervermeidung
 Lage in Tunesien - Erklärung des Vizepräsidenten der
 Kommission und Hohen Vertreters der EU für Außen- und
 Sicherheitspolitik
 Politische Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen
 der EU und Taiwan
 Leitlinien für staatliche Klima-, Energie- und
 Umweltbeihilfen (CEEAG)
 Das Recht auf eine gesunde Umwelt
 Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates vom
 21. und 22.10.2021
 Klimagipfel der Vereinten Nationen in Glasgow, GBR
 (COP26)
 Die Rolle der EU bei der Bekämpfung der COVID-19-
 Pandemie: Wie kann man die ganze Welt impfen?
 EU-Strategie zur Verringerung der Methanemissionen
 Erster Jahrestag des De-facto-Abtreibungsverbots in POL
 Kreditdienstleister und Kreditkäufer
 Intensivierte Maßnahmen gegen Geldwäsche
 Entlastung 2019: Europäische Agentur für die Grenz- und
 Küstenwache
 Kraftfahrzeugversicherung
 Die Krise der Rechtsstaatlichkeit in Polen und der Vorrang
 des EU-Rechts
 Ergebnisse des Gipfels der westlichen Balkanstaaten
 Pushbacks an den EU-Außengrenzen

Ausschuss der Regionen

28.10.2021 COTER-Fachkommissionssitzung
 Die geschlechtsspezifische Dimension der Struktur- und
 Kohäsionsfonds 2021–2027 mit Schwerpunkt auf der
 Vorbereitung der operationellen Programme (Abstimmung)
 Auf dem Weg zu einem emissionsfreien Straßenverkehr: Aufbau
 der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe und Verschärfung von
 CO2-Emissionsnormen (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

19.10.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in
 den verbundenen Rechtssachen C-37/20 (Luxembourg Business

Registers) und C-601/20 (Sovim): Öffentlicher Zugang zu Informationen im Register der wirtschaftlichen Eigentümer

- 21.10.2021 Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-845/19 und C-863/19 (Okrazhna prokuratura – Varna): Einziehung eines Geldbetrags, der angeblich einem Dritten gehört/Einziehung von Erträgen aus Straftaten
- 21.10.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in den Rechtsmittelsachen C-144/19 (P Lupin/Kommission), C-151/19 (P Kommission/Krka), C-164/19 (P Niche Generics/Kommission), C-166/19 (P Unichem Laboratories/Kommission), C-176/19 (P Kommission/Servier u. a.), C-197/19 (P Mylan Laboratories et Mylan/Kommission), C-198/19 (P Teva UK u. a./Kommission), C-201/19 (P Servier u. a./Kommission), C-207/19 (P Biogaran/Kommission): Wettbewerbsverstöße im Zusammenhang mit dem Medikament Perindopril
- 22.10.2021 Fortsetzung der mündlichen Verhandlung vor dem Gerichtshof in den Rechtsmittelsachen C-144/19 (P Lupin / Kommission u. a.)
- 26.10.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-109/20 (PL Holdings): Schiedsverfahren bei Investitionsstreitigkeiten
- 28.10.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-357/20 (Magistrat der Stadt Wien): Schutz des Feldhamsters (Feldhamster - II)
- 28.10.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-267/20 (Volvo und DAF Trucks): Schadensersatzklage gegen Kartellbeteiligte

Europäisches Gericht

- 18.10.2021 Fortsetzung der mündlichen Verhandlung vor dem Gericht in den verbundenen Rechtssachen T-363/19 (GBR/Kommission) und T-456/19 (ITV/Kommission): Britische Steuervergünstigungen für multinationale Unternehmen
- 20.10.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T 240/18 (Polskie Linie Lotnicze „LOT“/Kommission): Erwerb von Air Berlin-Teilen durch easyJet
- 20.10.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-296/18 (Polskie Linie Lotnicze „LOT“/Kommission): Übernahme der Air-Berlin-Tochter LGW durch Lufthansa

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 29.10.2021.

Abkürzungsverzeichnis

| Europäisches Parlament | |
|--|-------|
| Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) | EVP |
| Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament | S&D |
| Fraktion Renew Europe | RN |
| Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz | GRÜNE |
| Europäische Konservative und Reformisten | ECR |
| Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke | GUE |
| Fraktion Identität und Demokratie | ID |
| Fraktionslos | FL |
| EU-Mitgliedstaaten | |
| Belgien | BEL |
| Bulgarien | BUL |
| Dänemark | DNK |
| Deutschland | DEU |
| Estland | EST |
| Finnland | FIN |
| Frankreich | FRA |
| Griechenland | GRI |
| Irland | IRL |
| Italien | ITL |
| Kroatien | KRO |
| Lettland | LET |
| Litauen | LIT |
| Luxemburg | LUX |
| Malta | MTA |
| Niederlande | NDL |
| Österreich | AUT |
| Polen | POL |
| Portugal | PTL |
| Rumänien | ROM |
| Schweden | SWE |
| Slowakei | SLK |
| Slowenien | SLO |
| Spanien | ESP |
| Tschechische Republik | CZR |
| Ungarn | HUN |
| Zypern | CYP |
| Länder außerhalb der EU | |
| Vereinigtes Königreich | GBR |
| Vereinigte Staaten von Amerika | USA |